Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Lageberichts
für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar 2012 bis zum
31. Dezember 2012
des
Städtisches Klinikum Dessau –
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Dessau-Roßlau

INHALTSVERZEICHNIS

I. PRÜFUNGSAUFTRAG **1**

II. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN **3**

Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter 3

III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG **8**

1. Gegenstand der Prüfung 8

2. Art und Umfang der Prüfung 8

IV. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG **11**

1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 11

a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 11

b) Jahresabschluss 11

c) Lagebericht 11

2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses 12

a) Wesentliche Bewertungsgrundlagen 12

b) Feststellungen zur Gesamtaussage im Jahresabschluss 13

3. Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2012 und das Folgejahr 14

V. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSAUFTRAGS NACH § 53 HGRG **17**

VI. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS **18**

ANLAGEN

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012	
bis zum 31. Dezember 2012	Anlage I
Bilanz	Seite 1
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 2
Anhang	Seite 3 - 14
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012	
bis zum 31. Dezember 2012	Anlage II
	Seite 1 - 10
Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	Anlage III
Rechtliche Verhältnisse	Seite 1 - 2
Wirtschaftliche Verhältnisse	Seite 2 - 6
Steuerliche Verhältnisse	Seite 6
Analysierende Darstellungen	Anlage IV
Kennzahlen mit 4-Jahresübersicht	Seite 1 - 2
Ertragslage	Seite 3 - 7
Vermögenslage	Seite 8 - 10
Finanzlage	Seite 11
Definition der Kennzahlen	Anlage V
	Seite 1 - 2
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer	
und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Sonderbedingungen	Anlage VI
	Seite 1 - 3

Wir weisen darauf hin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung Differenzen auftreten können.

I. PRÜFUNGSAUFTRAG

Vom Krankenhausausschuss des

Städtisches Klinikum Dessau — Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau
(im Folgenden auch „SKD“, „Klinikum“ oder „Eigenbetrieb“ genannt)

wurden wir am 29. November 2012 zum Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 vorgeschlagen.

Daraufhin beauftragte uns das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Dessau-Roßlau mit Schreiben vom 10. Januar 2013, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 des Städtisches Klinikum Dessau — Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, nach den §§ 316 ff. HGB in Verbindung mit § 131 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (im Folgenden auch „GO LSA“ genannt) zu prüfen. Bei unserer Prüfung haben wir die Vorschriften gemäß § 19 des Gesetzes über die kommunalen Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt (im Folgenden auch „EigBG LSA“ genannt) beachtet.

Ergänzend wurden wir beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs aufzunehmen. Diese Analyse haben wir in Anlage IV zu diesem Bericht dargestellt.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurden wir beauftragt, weitergehende, gesetzlich nicht geforderte Aufgliederungen und Erläuterungen zu allen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir verweisen hierzu auf die Aufgliederungen und Erläuterungen im Teilbericht des Klinikums sowie des Altenpflegeheims des Städtischen Klinikums Dessau — Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau Roßlau.

Der Prüfungsauftrag erstreckt sich außerdem auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450) erstellt.

Für die Durchführung des Prüfungsauftrags und unsere Verantwortlichkeit sind — auch im Verhältnis zu Dritten — die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002 sowie unsere Sonderbedingungen für die Erhöhung der Haftung im Rahmen der Allgemeinen Auftragsbedingungen vom 1. Januar 2002

maßgebend, die diesem Bericht als Anlage VI beigefügt sind. Die Erhöhung der Haftung findet keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung, eine niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

II. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Aus dem von der Betriebsleitung des Eigenbetriebs aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht heben wir folgende Angaben hervor, die unseres Erachtens für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebs von besonderer Bedeutung sind:

Ausgewählte Kennzahlen entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr gemäß nachstehender Tabelle:

		2012	2011	Veränderung
Jahresüberschuss	TEUR	96	1	95
Betriebsergebnis	TEUR	2.423	1.877	546
Finanzergebnis	TEUR	-112	-59	-53
Cashflow	TEUR	2.175	2.480	-305
Umsatzerlöse	TEUR	111.939	105.691	6.248
Umsatzrentabilität	%	0,1	0,0	0,1
Eigenkapitalrentabilität	%	0,4	0,0	0,4
Finanzmittelbestand am Jahresende	TEUR	3.131	6.070	-2.939

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Der Eigenbetrieb hat seine Tätigkeit im Bereich des Klinikums sowie des Altenpflegeheims im Wirtschaftsjahr 2012 erfolgreich fortgeführt und dieses mit einem Jahresüberschuss von TEUR 96 abgeschlossen.

Der Eigenbetrieb betreibt ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung mit einer Bettenzahl von 697 sowie ein Altenpflegeheim mit 82 Pflegeplätzen in Dessau-Roßlau. Der Eigenbetrieb arbeitet eng mit der 100%igen Tochtergesellschaft der Stadt Dessau-Roßlau: die Medizinisches Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gemeinnützige GmbH, Dessau-Roßlau (im Folgenden auch „MVZ“ genannt), welche an den Standorten Dessau-Roßlau, Gräfenhainichen und Vockerode tätig ist, zusammen.

Die im Wirtschaftsjahr 2012 erwirtschafteten Erlöse aus Krankenhausleistungen (einschließlich Erlöse aus Pflegeleistungen) in Höhe von TEUR 96.696 (2011: TEUR 91.775) konnten gemäß den Prognosedaten des Vorjahres gesteigert werden.

Die Betriebsleitung hebt hervor, dass im Wirtschaftsjahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 111.939 (2011: TEUR 105.691) erwirtschaftet wurden. Davon entfallen TEUR 96.696 auf die

Erlöse aus Krankenhausleistungen (einschließlich Erlöse aus Pflegeleistungen). Die Erhöhung der Erlöse aus Krankenhausleistungen/Pflegeleistungen um TEUR 4.921 beruht vor allem auf Leistungssteigerungen (+ 1.167 BWR) im Ist zum Vorjahr und höheren abgerechneten DRG-Entgelten und Zusatzentgelten (TEUR 295). Die tatsächlich erbrachte Leistung lag mit 30.315 Bewertungsrelationen inklusive Überlieger (2011: 29.148 BWR) geringfügig unterhalb der vereinbarten Mengen von 30.500.

Aus den im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2011 höher vereinbarten Leistungen resultiert ein Anstieg des DRG-Erlösbudgets in Höhe von rd. EUR 1,9 Mio. Darin berücksichtigt wurde die Vereinbarung eines Mehrleistungsabschlages in Höhe von TEUR 866. Positiv wirkte sich zudem der Anstieg des Landesbasisfallwertes ohne Ausgleiche von EUR 2.899,50 auf EUR 2.965,00 in 2012 auf das Erlösbudget aus. Die Preisänderungen (EUR 1,3 Mio.) beinhalten zudem die Berücksichtigung des Wegfalls des Zuschlags für Pflegemehrpersonal nach § 4 Abs. 10 KHEntgG (TEUR 888) und dessen Einpreisung in den Landesbasisfallwert.

Des Weiteren wirkten sich die Bilanzierung von Ausgleichsforderungen für Vorjahre (2008 und 2009) in Höhe von TEUR 614 aufgrund einer Neuberechnung unter Berücksichtigung der MDK-Korrekturen sowie die Bilanzierung der Ausgleichsbeträge für das Wirtschaftsjahr 2012 (+ TEUR 152) positiv auf die Erlöse aus Krankenhausleistungen aus.

Positiv entwickelten sich innerhalb der Umsatzerlöse die Erlöse aus ambulanten Leistungen (TEUR 10.854). Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.027 angestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Erträgen aus Arzneimittelverkäufen in Form von Zytostatika (+ TEUR 604), höheren Kostenerstattungen für das MVZ (+ TEUR 258) sowie höheren Erträgen aus der Kooperation mit der Augenärztlichen Genossenschaft Sachsen-Anhalt (+ TEUR 297). Die Erlöse aus ambulantem Operieren sind im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2011 rückläufig (./. TEUR 177).

Das Jahresergebnis (TEUR 96) wird beeinflusst durch einen unterproportionalen Anstieg der betrieblichen Aufwendungen (+ TEUR 3.979) bei einer Erhöhung der betrieblichen Erträge um TEUR 4.525. Das Betriebsergebnis erhöht sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um TEUR 546 auf TEUR 2.423.

Der Anstieg der betrieblichen Aufwendungen entfällt hauptsächlich auf die Steigerung der Personal- und Materialkosten. Zum Anstieg des Personalaufwands um TEUR 2.138 auf TEUR 74.673 haben die Tariferhöhungen im Bereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) sowie die Tarifsteigerung im Bereich der TV-Ärzte beigetragen. Des Weiteren war eine Steigerung der Anzahl der Vollkräfte um 18,9 zu verzeichnen.

Die Erhöhung des Materialaufwands um TEUR 1.939 auf TEUR 30.631 gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Aufwendungen des medizinischen Bedarfs (+ TEUR 1.002) infolge der Erhöhung von Aufwendungen für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Implantate, Laborbedarf, Narkose- und sonstiger OP-Bedarf sowie für Blut, Blutkonserven und Blutplasma. Zudem erhöhten sich die Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (+ TEUR 35). Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen des medizinischen Bedarfs

um TEUR 767 gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Honorare der nicht im Krankenhaus angestellten Ärzte in Höhe von TEUR 2.468 (2011: TEUR 1.783) zurückzuführen. Gegenläufig entwickelten sich die Aufwendungen für die Bewachung des Gebäudes (./. TEUR 67) und die Aufwendungen für die Pflege der Garten- und Parkanlagen (./. TEUR 10).

Weitere Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis waren der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (./. TEUR 409), die durch geringere Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten verursacht wurden sowie der Instandhaltungsaufwendungen für Gebäude, Außenanlagen und Medizintechnik (./. TEUR 331).

Das Betriebsergebnis in Höhe von TEUR 2.423 wird negativ durch das Investitionsergebnis (./.TEUR 2.215) und das Finanzergebnis (./. TEUR 112) beeinflusst, sodass insgesamt ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 96 erwirtschaftet wurde.

Das Altenpflegeheim als Einrichtung des Eigenbetriebs erwirtschaftete unter gesonderter Betrachtung im Wirtschaftsjahr 2012 ein negatives Jahresergebnis von ./. TEUR 123 (2011: ./. TEUR 82).

Die Auslastung des Altenpflegeheims ist gegenüber dem Jahr 2011 leicht rückläufig. Zudem ist eine Verlagerung in der Struktur der Leistungserbringung von der Pflegestufe drei zu den geringeren Pflegestufen eins und zwei erfolgt. Diese Aspekte verursachten einen Umsatzrückgang in Höhe von TEUR 11. Aufgrund der gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen (+ TEUR 21) und Personalaufwendungen aufgrund von Tarifsteigerungen wurde ein höherer Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr im Altenpflegeheim erwirtschaftet.

Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage hebt die Betriebsleitung die gesunden Finanzierungsstrukturen und die Sicherstellung der Kapitalbedarfsdeckung und Liquidität des Eigenbetriebs im gesamten Berichtsjahr hervor.

Durch den erwirtschafteten operativen Cashflow, den Zufluss von Fördermitteln und die Verwendung des Bestands liquider Mittel konnten die Investitionen des Wirtschaftsjahres 2012 (TEUR 4.173) finanziert werden.

Wesentliche Investitionen des Berichtsjahres betreffen den Umbau der Kinderstation in eine Normalstation sowie die Fertigstellung des Anbaus für die Zytostatika-Herstellung in Betriebsbauten (TEUR 2.123), technische Anlagen (TEUR 803) und Investitionen in Einrichtungen und Ausstattungen (TEUR 1.947).

Infolge der hohen Eigenmittelfinanzierung der durchgeführten Investitionen im Wirtschaftsjahr 2012 hat sich der Finanzmittelbestand gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.939 auf TEUR 3.131 verringert.

Die Sicherstellung der laufenden Liquidität wird zudem durch den Kassenkredit (Rahmen in 2012 EUR 4 Mio.) gewährleistet. Eine Inanspruchnahme des Kassenkredites war im Wirtschaftsjahr 2012 nicht erforderlich.

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die Betriebsleitung sieht die Einnahmeentwicklung der Krankenkassen, die Konkurrenzsituation zwischen den Krankenhäusern der Region, die weiter sinkenden pauschalen Fördermittel und unvermeidbare Kostensteigerungen im Personalbereich als wesentliche zukünftige Risiken an.

Die Gesamtrisikolage hat sich nach Einschätzung der Betriebsleitung gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Derzeit wird mit Strukturveränderungen und Instrumenten der Personalpolitik auf den Fachkräftemangel im ärztlichen Dienst, im Pflegedienst und Funktionsdienst reagiert. Die Notwendigkeit des Einsatzes von Honorarkräften wird nach Einschätzung der Betriebsleitung weiter bestehen bleiben.

Risiken hinsichtlich der Finanzierung von Investitionen sieht die Betriebsleitung insbesondere unter Beachtung der stetigen Absenkung der jährlich zugewiesenen pauschalen Fördermittel.

Die Einnahmesituation des Klinikums wird sich aufgrund der Gesetzgebung und der Einnahmenentwicklung bei den Krankenkassen weiter verschärfen. Defizite im Budgetbereich können derzeit nicht durch Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Wahlleistungen kompensiert werden. Gleichzeitig sind Standorte in den alten Bundesländern für Ärzte attraktiver, da liquidationsberechtigten Ärzten hier aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen tendenziell mehr Zusatzeinnahmen zufließen.

Die für die Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 erwarteten Tarifsteigerungen, welche durch die Krankenkassen nicht ausgeglichen werden, werden als weiteres Risiko gesehen.

Risiken ergeben sich aus Sicht der Betriebsleitung hinsichtlich der ambulanten Leistungserbringung durch die zusätzliche Konkurrenz niedergelassener Ärzte und anderer Krankenhäuser im Rahmen der integrierten Versorgung. Um diesen entgegenzuwirken wurde die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten und anderen Leistungserbringern durch die Eröffnung eines operativen Zentrums mit niedergelassenen Ärzten zu Beginn des Jahres 2012 verstärkt. Gleichzeitig erwartet die Betriebsleitung durch diverse bereits eingeleitete Maßnahmen zur Veränderung im Leistungsspektrum eine wesentlich höhere Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses sowie eine qualitative Verbesserung der Patientenversorgung und eine Erhöhung der Patientenzahl.

Chancen werden langfristig im Betrieb der neuen Bettenstation (Hotelstation), modernisierter Medizintechnik, Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten und einer strukturellen Konzentration im Leistungsspektrum gesehen.

Der Eigenbetrieb sieht Chancen insbesondere durch die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen infolge der demografischen Entwicklung, der Leistungssteigerungen infolge der Spezialisierung der Fachkräfte und neuen Versorgungsformen. Zukünftig soll auch die im November 2011 eröffnete Hotelstation die Einnahmen im Bereich der Wahlleistungen weiter erhöhen.

Der stetige Ersatz der vorhandenen Medizintechnik wurde im Wirtschaftsjahr 2011 begonnen und soll im Jahr 2013 weitestgehend abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit dem medizinischen Fortschritt sollen diese Investitionen neue Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten für das Klinikum eröffnen, um die Konkurrenzsituation zu anderen Krankenhäusern in der Umgebung zu entschärfen.

Der Eigenbetrieb geht für die nächsten beiden Wirtschaftsjahre von einem weiterhin positiven Jahresergebnis aus.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Chancen und Risiken und der Planungen des Eigenbetriebs ist zum derzeitigen Kenntnisstand künftig keine signifikante Verschlechterung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs absehbar. Die Betriebsleitung geht davon aus, dass auch in den beiden folgenden Wirtschaftsjahren ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet wird.

Zusammenfassende Beurteilung

Wir als Abschlussprüfer des Eigenbetriebs halten die Darstellung und Beurteilung der Lage sowie der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebs mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die Betriebsleitung für zutreffend.

III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

1. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren die Buchführung und der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung aufgestellte Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang — und Lagebericht des Eigenbetriebs. Ergänzend wurden wir beauftragt, die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs nach § 53 HGrG darzustellen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht des Eigenbetriebs wurden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung aufgestellt. Die Gliederungsvorschriften der KHBV wurden für die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und den Anlagennachweis angewendet.

Die Verantwortung für die Rechnungslegung und die uns gemachten Angaben trägt die Betriebsleitung des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

2. Art und Umfang der Prüfung

Die Prüfung erfolgte nach den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und § 131 GO LSA unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW), Düsseldorf, festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung und der Empfehlungen des Krankenhausfachausschusses des IDW. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens, das auch internationalen Prüfungsstandards entspricht, ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Die hierzu notwendige Risikoanalyse basiert auf der Einschätzung der Lage, der Geschäftsrisiken und des Umfeldes sowie des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebs.

Bei unserer Beurteilung des Risikos wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht haben wir sowohl Risiken auf Abschlussebene *(generelle Risiken)* als auch Risiken auf Aussageebene *(spezifische Risiken)* eingeschätzt und ein Risikoprofil ermittelt.

Dies diente gleichzeitig der Einschätzung bedeutsamer Risiken, die einer besonderen Berücksichtigung bei der Prüfung bedürfen, sowie der Risiken, bei denen aussagebezogene Prüfungshandlungen allein zur Gewinnung hinreichender Sicherheit nicht ausreichen. Dabei wurden auch Ergebnisse der Internen Revision des Eigenbetriebs berücksichtigt.

Auf der Grundlage unserer Risikobeurteilung haben wir die relevanten Prüffelder und Kriterien (Prüfungsziele) sowie Prüfungsschwerpunkte festgelegt und Prüfprogramme entwickelt. In den Prüfprogrammen wurden Art und Umfang der jeweiligen Prüfungshandlungen festgelegt.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten Kontrolltests, substanzielle analytische Prüfungshandlungen und sonstige substanzielle Prüfungshandlungen.

Als Schwerpunkte unserer Prüfung haben wir festgelegt:

- Prüfung des Prozesses der Jahresabschlusserstellung
- Aufbau, Einrichtung und Wirksamkeit der internen Kontrollen im Transaktionsstrom Umsatzprozess
- Prüfung des Anlagevermögens und dessen Finanzierung
- Prüfung des Umsatzprozesses (Erlöse aus Krankenhausleistungen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und hierauf entfallende Wertberichtigungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten nach dem KHEntgG)
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Vollständigkeit und Periodenabgrenzung der Personal- und Materialaufwendungen
- Plausibilität der prognostischen Angaben im Lagebericht

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir zunächst im Rahmen der Aufbauprüfung die angemessene Ausgestaltung und die Implementierung der rechnungslegungsbezogenen Kontrollen beurteilt. Entsprechend der im Rahmen der Prüfungsplanung vorgenommenen Schwerpunktsetzung haben wir in einem zweiten Schritt Kontrolltests ausgewählter interner Kontrollen durchgeführt.

Die Erkenntnisse aus der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden für die Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Auswahl von Art, Umfang und zeitlicher Einteilung der für die einzelnen Prüfungsziele durchzuführenden analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen herangezogen.

Sowohl die Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch Kontrolltests als auch die Durchführung sonstiger substanzieller Prüfungshandlungen erfolgte in Stichproben. Die Bestimmung der Stichproben erfolgte in Abhängigkeit unserer Erkenntnisse über das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sowie Art und Umfang der jeweils zu beurteilenden Transaktionen.

Aufgrund der nicht wesentlichen Bedeutung der Vorräte für den Jahresabschluss des Eigenbetriebs haben wir keine Beobachtung der körperlichen Inventur durchgeführt.

Im Rahmen der sonstigen substanziellen Prüfungshandlungen haben wir Saldenbestätigungen bzw. -mitteilungen und Auskünfte Dritter in Stichproben von Lieferanten sowie von den für den Eigenbetrieb tätigen Rechtsanwälten und Kreditinstituten eingeholt.

Im Rahmen unserer Prüfung des Lageberichts haben wir geprüft, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt. Weiterhin haben wir geprüft, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebs zutreffend dargestellt sind.

Der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse liegt der Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG des IDW (PS 720) zugrunde.

Wir haben die Prüfung in den Monaten April und Mai 2013 bis zum 10. Mai 2013 durchgeführt.

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs erteilte alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise und bestätigte uns am 10. Mai 2013 deren Vollständigkeit sowie die Vollständigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht in einer schriftlichen Erklärung.

IV. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung. Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in der Buchführung, im Jahresabschluss und im Lagebericht ordnungsgemäß abgebildet.

b) Jahresabschluss

Der von uns geprüfte Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 ist diesem Bericht als Anlage I beigefügt. Er entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung.

Gemäß § 19 Abs. 1 EigBG LSA hat die Betriebsleitung für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres einen aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang bestehenden Jahresabschluss sowie einen Lagebericht nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die für Kapitalgesellschaften geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind beachtet worden. Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung und gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.

c) Lagebericht

Der von uns geprüfte Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012 ist diesem Bericht als Anlage II beigefügt. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen

Entwicklung sind zutreffend dargestellt und die nach § 289 Abs. 2 HGB gemachten Angaben sind vollständig und zutreffend.

2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfordert im Rahmen der gesetzlichen Wahlrechte eine Vielzahl von Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen seitens der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs. Im Folgenden gehen wir gemäß § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen ein.

a) Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, einschließlich im Berichtsjahr vorgenommener Änderungen, sind im Anhang (Anlage I) gemäß § 284 HGB beschrieben.

Im Einzelnen heben wir nachfolgend die unseres Erachtens wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden hervor:

- Die Bewertung der Überliegerpatienten (TEUR 1.284) erfolgte anhand der anteilig bis zum Bilanzstichtag erzielbaren Erlöse. Die Wertansätze wurden retrograd aus den DRG-Entgelten ermittelt.
- Bei der Bewertung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden pauschalierte Einzelwertberichtigungen (TEUR 2.389) für zweifelhafte Forderungen vorgenommen. Um das allgemeine Kreditrisiko, Zinsrisiken, Abrechnungsrisiken etc. zu erfassen, wird eine 2%ige Pauschalwertberichtigung vorgenommen (TEUR 273).
- Der Eigenbetrieb weist in Ausübung des Ansatzwahlrechts gemäß Art. 28 Abs. 1 EGHGB Rückstellungen für mittelbare Pensionsverpflichtungen in Höhe von TEUR 5.396 aus.

  Grundsätzlich ermittelt sich der nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB passivierbare Betrag der Unterdeckung aus der Differenz des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Erfüllungsbetrags der Versorgungsverpflichtungen und dem beizulegenden Zeitwert des Vermögens der Versorgungseinrichtung. Diese Form der Wertermittlung kam wie im Vorjahr nicht zur Anwendung, da durch den kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt, Zusatzversorgungskasse (im Folgenden auch „ZVK“ genannt), die Betragsangaben nicht zur Verfügung gestellt wurden.

  Alternativ bilden die Basis der Bewertung des Eigenbetriebs die seit dem Wirtschaftsjahr 2003 durch die ZVK erhobenen Umlagen in Höhe von 1,5 %. Entsprechend dem Schriftverkehr mit der ZVK wurde der jährliche Umlagebetrag (zurzeit TEUR 972) auf einen voraussichtlichen Zahlungszeitraum von ursprünglich acht Jahren bis zur Beseitigung der Unterdeckung hochgerechnet. Hierbei wurde auch berücksichtigt, dass durch die Kapitalmarktentwicklung

eine prozentuale Erhöhung der Unterdeckung erfolgt. Eine Abzinsung der gebildeten Rückstellungen wurde mit einem Zinssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB in Höhe von 3,93 % (2011: 4,09 %) vorgenommen.

- Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 3.557) wurden pauschal mit dem Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von zwei Jahren nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ergibt.
- Weitere langfristige Rückstellungen wurden pauschal mit dem Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ergibt. Dies betrifft die Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen (TEUR 167) und Archivierungskosten (TEUR 319) mit 5,04 % (2011: 5,14 %).

  Die Bewertung der wesentlichen langfristigen Rückstellungen erfolgte nach eigenen Berechnungen des Eigenbetriebs unter Berücksichtigung von Einkommenssteigerungen von 2,5 % p. a.
- Die Bildung der Rückstellungen für Abrechnungsrisiken betreffen in Höhe von insgesamt TEUR 672 mögliche Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber den Kostenträgern aufgrund von Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen.
- Hinsichtlich der vom Gesetzgeber eingeräumten Wahlrechte hat der Eigenbetrieb das Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB in Verbindung mit § 249 Abs. 1 Satz 3 HGB a. F. für Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen ausgeübt. Von diesen bestehen zum Stichtag 31. Dezember 2012 TEUR 503 weiter fort.
- Erstmalig wurden Ausgleichsforderungen für Vorjahre (2008 und 2009) nach einer Neuberechnung unter Berücksichtigung der MDK-Korrekturen im Gesamtumfang in Höhe von TEUR 614 bilanziert.
- Für die Jahre 2002 bis 2006 wurden in den Jahresabschlüssen des Eigenbetriebs Zuführungen zur Verbindlichkeit nach dem KHG für die ambulante Nutzung geförderter medizinisch-technischer Großgeräte in Höhe der anteiligen Abschreibungen vorgenommen. Eine entsprechende Gesetzesvorschrift für die Bildung der Verbindlichkeiten findet sich im § 13 Abs. 3 KHG LSA erst ab dem 1. Januar 2007. Die Verbindlichkeiten aus nicht zweckentsprechend verwendeten Einzelfördermitteln (AfA-Anteile) analog § 9 Abs. 1 KHG i. V. m. § 5 Abs. 1 KHG LSA wurden im Wirtschaftsjahr 2012 in Höhe von TEUR 636 zweckentsprechend verwendet. Die Umfinanzierung führte zu einem positiven Ergebniseffekt in der gleichen Höhe.

b) Feststellungen zur Gesamtaussage im Jahresabschluss

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.

Im Übrigen verweisen wir auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlage IV.

Des Weiteren verweisen wir auf die Aufgliederungen und Erläuterungen zu allen Posten des Jahresabschlusses im Teilbericht des Klinikums sowie des Altenpflegeheimes des Städtischen Klinikums Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau.

3. Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2012 und das Folgejahr

Für das Wirtschaftsjahr 2012 wurde von der Betriebsleitung der vom Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau in der Sitzung am 14. Dezember 2011 genehmigte Wirtschaftsplan, der den Erfolgs- und Vermögensplan sowie den Stellen- und Finanzplan umfasst, erstellt.

Im Unterschied zum Erfolgsplan für das Berichtsjahr, in dem ein Jahresüberschuss von TEUR 0 ausgewiesen wird, ergibt sich für das Berichtsjahr ein Jahresüberschuss von TEUR 96. Die Abweichungen des geplanten Jahresüberschusses gemäß dem Erfolgsplan zu den Ist-Zahlen zeigt in zusammengefassten Zahlen die folgende Gegenüberstellung:

	Erfolgsplan 2012 TEUR	Ist 2012 TEUR	Abweichung TEUR
Summe Erträge	120.530	123.632	3.102
Summe Aufwendungen	120.530	123.536	3.006
Jahresüberschuss	0	96	96
Kostendeckungsgrad	100 %	100 %	

Der Eigenbetrieb nahm im Berichtsjahr Investitionen von TEUR 4.173 bei geplanten Zugängen zum Anlagevermögen von TEUR 10.298 vor.

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen war mit TEUR 0 geplant.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde mit TEUR 4.000 festgesetzt und mit TEUR 0 in Anspruch genommen.

Gegenüber dem Finanzplan (Vermögensplan) für das Wirtschaftsjahr 2012 stellen sich die Ist-Zahlen wie folgt dar:

	Finanzplan 2012 TEUR	Ist 2012 TEUR	Abweichung TEUR
Finanzierungsmittel (Einnahmen)			
Zuweisungen aufgrund einer Förderung von Investitionskosten			
Einzelförderung (§ 5 KHG LSA)-Brandschutz	124	36	-88
Pauschalförderung (§ 6 KHG LSA) mit Geldmittelzufluss	1.280	1.040	-240
Zuführung Pauschale Fördermittel aus ambulanter Nutzung gefördertes Anlagevermögen	0	136	136
Zuführung pauschale Fördermittel aus Anlagenverkauf	0	1	1
Erwirtschaftete Abschreibungen	3.004	2.692	-312
Einnahmen aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	3	3
Entnahme aus der Rücklage für nicht geförderte Investitionen	5.890	265	-5.625
	10.298	**4.173**	**-6.125**
Finanzierungsbedarf (Ausgaben)			
Sachinvestitionen			
Einzelförderung (§ 5 KHG LSA)-Brandschutz	124	36	-88
aus Pauschalförderung (§ 6 KHG LSA) mit Geldmittelzufluss	1.280	1.040	-240
Zuführung pauschale Fördermittel aus ambulanter Nutzung gefördertes Anlagevermögen (§ 6 i. V. m. § 13 Abs. 3 KHG LSA)	0	136	136
Zuführung pauschale Fördermittel aus Anlagenverkauf	0	1	1
Einnahmen aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	3	3
aus Eigenmitteln	8.894	2.957	-5.937
	10.298	**4.173**	**-6.125**

Die Abweichungen zwischen den Planwerten 2012 und den Ist-Werten liegen im erwarteten Bereich. Die geringeren Ausgaben sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass geplante Investitionen auf unbestimmte Zeit zurückgestellt oder in das Wirtschaftsjahr 2013 verschoben wurden.

Der Wirtschaftsplan für das Folgejahr wurde vom Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau in der Sitzung am 12. Dezember 2012 genehmigt und berücksichtigt die vorgenannten Werte hinsichtlich des Erfolgsplans.

	Erfolgsplan 2013 TEUR	Ist 2012 TEUR	Abweichung TEUR
Summe Erträge	125.421	123.632	-1.789
Summe Aufwendungen	125.421	123.536	-1.885
Jahresüberschuss	0	96	96
Kostendeckungsgrad	100 %	100 %	

Der Vermögensplan 2013 weist folgende Planwerte auf:

	Finanzplan 2013 TEUR	Ist 2012 TEUR	Abweichung TEUR
Finanzierungsmittel (Einnahmen)			
Zuweisungen aufgrund einer Förderung von Investitionskosten			
Einzelförderung (§ 5 KHG LSA)-Brandschutz	124	36	-88
Pauschalförderung (§ 6 KHG LSA) mit Geldmittelzufluss	1.000	1.040	40
Zuführung pauschale Fördermittel aus ambulanter Nutzung geförderten Anlagevermögen (§ 6 i. V. m. § 13 Abs. 3 KHG LSA)	0	136	136
Zuführung pauschale Fördermittel aus Anlagenverkauf	0	1	1
Erwirtschaftete Abschreibungen	2.872	2.692	-180
Einnahmen aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	3	3
Entnahme aus der Rücklage für nicht geförderte Investitionen	4.281	265	-4.016
	8.277	**4.173**	**-4.104**
Finanzierungsbedarf (Ausgaben)			
Sachinvestitionen			
Einzelförderung (§ 5 KHG LSA)-Brandschutz	124	36	-88
aus Pauschalförderung (§ 6 KHG LSA) mit Geldmittelzufluss	1.000	1.040	40
Zuführung pauschale Fördermittel aus ambulanter Nutzung geförderten Anlagevermögen (§ 6 i. V. m. § 13 Abs. 3 KHG LSA)	0	136	136
Zuführung pauschale Fördermittel aus Anlagenverkauf	0	1	1
Einnahmen aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	3	3
aus Eigenmitteln	7.153	2.957	-4.196
	8.277	**4.173**	**-4.104**

Für das Wirtschaftsjahr 2013 wurde der Höchstbetrag der Kassenkredite mit TEUR 4.000 festgesetzt.

V. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSAUFTRAGS NACH § 53 HGRG

Die Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (§ 53 Abs. 1 Nr. 1 HGrG) und zu den weiteren Kriterien gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG ergeben sich aus der Beantwortung des Fragenkatalogs zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG, die in einem gesonderten Teilbericht für den Eigenbetrieb dargestellt sind.

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Satzungsbestimmungen und der Geschäftsordnung für die Betriebsleitung geführt worden sind. Über die in diesem Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen ergeben.

VI. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht des Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 in den diesem Bericht als Anlagen I (Jahresabschluss) und II (Lagebericht) beigefügten Fassungen den am 10. Mai 2013 in Leipzig unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 131 der GO LSA unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 des Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen erstattet.

Leipzig, 10. Mai 2013

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Hammer	gez. ppa. Funk
Wirtschaftsprüferin	Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Städtisches Klinikum Dessau
Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

B i l a n z

A k t i v a

	31.12.2012			31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		280.288,02		357.764,02
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	76.863.117,32			79.325.767,32
2. Technische Anlagen	4.295.683,00			4.434.280,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen	9.335.581,74			10.368.367,31
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	82.568,59			862.220,06
		90.576.950,65		
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	25.000,00			25.000,00
2. Sonstige Finanzanlagen	30.000,00			30.000,00
		55.000,00	90.912.238,67	
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.111.948,07			1.015.396,51
2. Unfertige Leistungen	1.284.123,51			1.418.780,03
3. Waren	1.614,30			1.426,21
		2.397.685,88		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.629.394,96			12.274.968,22
2. Forderungen an den Krankenhausträger	139.368,84			428.989,90
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	878.489,00			41.916,00
- davon nach dem KHEntgG: EUR 878.489,00 (31.12.2011: EUR 41.916,00)				
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	660.876,71			636.564,83
5. Sonstige Vermögensgegenstände	397.349,73			1.557.976,63
		17.705.479,24		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		3.131.259,33		6.070.348,19
			23.234.424,45	
C. Ausgleichsposten nach dem KHG				
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung			751.413,03	751.413,03
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
Andere Abgrenzungsposten			75.860,61	63.817,51
			114.973.936,76	119.664.995,77

P a s s i v a

	31.12.2012		31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
1. Gezeichnetes Kapital	3.078.000,00		3.078.000,00
2. Kapitalrücklagen	13.363.614,98		13.363.614,98
3. Gewinnrücklagen	10.187.482,75		10.186.014,40
4. Jahresüberschuss	95.987,12		1.468,35
		26.725.084,85	
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens			
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	62.412.570,00		66.963.727,48
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	3.590.295,20		3.756.624,20
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	737,12		911,12
		66.003.602,32	
C. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	133.000,00		21.300,00
2. Sonstige Rückstellungen	14.645.213,53		14.647.345,82
		14.778.213,53	
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.603.320,91		2.553.086,54
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.603.320,91 (31.12.2011: EUR 2.553.086,54)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	59.264,65		47.541,66
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 59.264,65 (31.12.2011: EUR 47.541,66)			
3. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2.032.564,15		2.622.871,83
- davon nach dem KHEntgG EUR 112.211,00 (31.12.2011: EUR 74.880,00)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.032.564,15 (31.12.2011: EUR 2.622.871,83)			
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	290.844,13		241.058,50
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 290.844,13 (31.12.2011: EUR 241.058,50)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.479.792,92		2.178.981,59
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.479.792,92 (31.12.2011: EUR 2.178.981,59)			
- davon aus Steuern EUR 1.018.385,89 (31.12.2011: EUR 704.691,07)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 0,00 (31.12.2011: EUR 0,00)			
		7.465.786,76	
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.249,30	2.449,30
		114.973.936,76	119.664.995,77

Städtisches Klinikum Dessau
Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

G e w i n n - u n d V e r l u s t r e c h n u n g

	2012		2011
	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	94.469.637,87		89.537.244,79
2. Erlöse aus Pflegeleistungen	2.226.606,76		2.237.548,70
3. Erlöse aus Wahlleistungen	214.462,19		94.590,55
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	10.853.876,47		9.826.899,29
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	4.174.048,91		3.994.845,41
6. Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	-134.656,52		171.615,59
7. Andere aktivierte Eigenleistungen	102.306,39		65.384,65
8. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 12	698.542,96		652.116,23
9. Sonstige betriebliche Erträge	3.387.900,16		4.887.775,78
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Wirtschaftsjahre EUR 0,00 (2011: EUR 0,00)			
		115.992.725,19	
10. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	62.201.070,97		60.345.711,84
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.471.952,64		12.189.283,32
- davon für Altersversorgung EUR 2.003.901,42 (2011: EUR 1.927.828,89)			
11. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24.828.718,60		23.717.573,29
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.802.589,23		4.973.962,85
		105.304.331,44	
Zwischenergebnis		10.688.393,75	10.241.489,69
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.040.460,00		1.284.088,55
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Fördermitteln	6.566.654,41		6.951.530,97
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Fördermitteln	1.176.950,00		1.429.843,68
		6.430.164,41	
15. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.645.426,67		8.622.680,75
16. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.841.634,69		8.251.131,94
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Wirtschaftsjahre EUR 0,00 (2011: EUR 0,00)			
		16.487.061,36	
Zwischenergebnis		631.496,80	173.452,84
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		32.298,75	129.933,84
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		144.460,69	189.268,61
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen EUR 144.460,69 (2011: EUR 189.268,57)			
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		519.334,86	114.118,07
20. Steuern		423.347,74	112.649,72
- davon vom Einkommen und vom Ertrag EUR 413.067,75 (2011: EUR 99.281,72)			
21. Jahresüberschuss		95.987,12	1.468,35

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

Anhang

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde gemäß den Regelungen des § 19 des Eigenbetriebsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (EigBG LSA) nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches, der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) sowie in Übereinstimmung mit den ergänzenden Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt aufgestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen denen der Bilanz zum 31. Dezember 2011.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gemindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden. Zinsen sind nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden planmäßig nach der linearen Methode abgeschrieben.

Für Zugänge zum beweglichen Sachanlagevermögen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten ab EUR 150,00 netto und bis zu EUR 1.000,00 netto betragen, wird ab dem Wirtschaftsjahr 2009 ein Sammelposten gebildet, der linear über fünf Jahre abgeschrieben wird.

Umlaufvermögen

Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen werden mit ihren Anschaffungskosten incl. Umsatzsteuer angesetzt.

Die unfertigen Leistungen betreffen Patienten, deren stationäre Krankenhausbehandlungen sich über den Jahreswechsel erstrecken und mit Fallpauschalen abgerechnet werden. Die Bewertung erfolgte durch Erlösaufteilung, seit dem Jahr 2010 auf elektronischem Wege mit dem ORBIS-Modul EAGR – Erlösabgrenzung und Erlösverbuchung.

Abweichend von früheren Wirtschaftsjahren wurde manuell eine Nachbewertung mit einem durchschnittlichen Landesbasisfallwert von EUR/Fall 2.962,50 vorgenommen. Im Wirtschaftsjahr 2012 galt ab 1. Januar 2012 ein Landesbasisfallwert (i. F. LBFW) von EUR 2.899,50, ab 1. März 2012 von EUR 2.947,50 und ab 1. Dezember 2012 ein Zahlbasisfallwert von EUR 3.127,50, wobei der Zahlbasisfallwert dem Ausgleich der unterjährig bis Ende November 2012 zu niedrig fakturierten LBFW dient.

Die elektronisch ermittelte Erlösabgrenzung wurde manuell in Höhe von 5 % um nichtaktivierungsfähige Herstellungskosten berichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt, erforderliche Wertberichtigungen berücksichtigt worden.

Wurden bisher die Forderungen an die Gemeinschaftspraxis für Dialyse für das 3. und 4. Quartal des Berichtsjahres unter den sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert, so werden diese ab dem Wirtschaftsjahr 2012 als Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 782 ausgewiesen. Des Weiteren wurden die abgegrenzten Forderungen aus ambulanten Abrechnungen in Höhe von TEUR 578 (Vorjahr: TEUR 693) erstmalig im Berichtsjahr unter Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Zuvor wurden die Forderungen aus ambulanten Abrechnungen in den sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert.

Ausgleichsposten nach dem KHG

Der Ausgleichsposten nach dem KHG stellt eine Bilanzierungshilfe dar, die beim Ausscheiden des Krankenhauses aus dem Krankenhausplan unter bestimmten Umständen in eine Forderung umgewandelt werden kann. Der Bilanzposten dient der Neutralisierung von Aufwendungen für Anlagevermögen, welches vor Beginn der Förderung nach KHG vom Krankenhaus angeschafft wurde.

Eigenkapital

Das festgesetzte Kapital umfasst das Stammkapital von EUR 3.078.000,00 gemäß § 1 der Betriebssatzung. Die Kapitalrücklage von EUR 13.363.614,98 resultiert aus der DM-Eröffnungsbilanz, Zuzahlungen der Stadt Dessau aus 1991 und späteren Änderungen im Grundstücksbestand.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen i. S. d. § 249 Abs. 1 Satz 3 HGB a. F. beträgt am 31. Dezember 2012 TEUR 503 (Vorjahr: TEUR 556).

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Wirtschaftsjahre gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB abgezinst. Dies betrifft die Rückstellungen für mittelbare Pensionsverpflichtungen mit 3,93 % (Vorjahr: 4,09 %) und Altersteilzeit mit 3,79 % (Vorjahr: 3,94 %).

Weitere langfristige Rückstellungen wurden pauschal mit dem Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 S. 2 HGB ergibt. Dies betrifft die Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen und Archivierungskosten mit jeweils 5,04 % (Vorjahr: 5,14 %).

Die Bewertung der langfristigen Rückstellungen erfolgte durch eigene Berechnungen des Eigenbetriebs unter Berücksichtigung von Einkommenssteigerungen von 2,5 % und Kostensteigerungen von 1,6 % p. a.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt worden.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in den beigefügten Anlagennachweisen, welche nach Anlage 3 KHBV und Anlage 3a PBV in Verbindung mit § 268 Abs. 2 HGB gegliedert wurden, dargestellt. Zusätzlich wurde der Fördernachweis nach Anlage 3b PBV für das Altenpflegeheim „Am Georgengarten“ in diesen Anhang aufgenommen.

Im Wirtschaftsjahr 2012 ist ein Rückgang des Anlagevermögens um TEUR 4.491 zu verzeichnen, da insbesondere die Abschreibungen mit TEUR 8.645 die Zugänge von TEUR 4.173 übersteigen.

Die Gegenstände des Anlagevermögens weisen folgende Nutzungsdauern auf:

Immaterielle Vermögensgegenstände	1 – 5 Jahre
Betriebsbauten	5 – 33 Jahre
Technische Anlagen	5 – 25 Jahre
Einrichtungen und Ausstattungen	1 – 18 Jahre

Forderungen

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 bestehen Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 661 (Vorjahr: TEUR 637). Diese betreffen ausschließlich Forderungen aus der Geschäftsverbindung mit der Medizinischen Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gGmbH, Dessau-Roßlau. Forderungen an den Krankenhausträger – die Stadt Dessau-Roßlau – bestehen in Höhe von TEUR 139 (Vorjahr: TEUR 429) und betreffen Vorsteuererstattungsansprüche. Sämtliche Forderungen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Sonderposten

Die Sonderposten reduzierten sich insgesamt um TEUR 4.718 auf TEUR 66.004 und korrespondieren mit den geförderten Restbuchwerten gemäß Anlagenbuchhaltung. Aufgelöst wurden Sonderposten in Höhe der geförderten Abschreibungen mit TEUR 6.567; dem Sonderposten zugeführt TEUR 1.213.

Sonstige Rückstellungen

Personalrückstellungen in Höhe von TEUR 13.068 bestehen am 31. Dezember 2012 insbesondere für mittelbare Pensionsverpflichtungen (TEUR 5.396), Altersteilzeit (TEUR 3.557), Zeitguthaben, Resturlaubsansprüche, Leistungsentgelte gemäß § 18 TVöD und Sondervergütungen für leitende Angestellte. Im Übrigen werden Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.577 für unterlassene Instandhaltung, Archivierungskosten, Abrechnungs- und Prozessrisiken sowie für sonstige Risiken dokumentiert.

Die Rückstellung für die Verzinsung von Fördermitteln Bauabschnitt 3.3 mit insgesamt TEUR 111 wurde im Rahmen der abschließenden Verwendungsnachweisprüfung in Höhe von TEUR 58 verbraucht. TEUR 53 wurden aufgelöst, da der Rückstellungsgrund entfallen ist.

Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und sind nicht durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert. Ein Verbindlichkeitenspiegel wird daher nicht erstellt.

In den Verbindlichkeiten enthalten sind insbesondere solche aus Lohn- und Kirchensteuer mit TEUR 1.018 (Vorjahr: TEUR 705) und Lohnverbindlichkeiten aus Rückrechnung in Höhe von TEUR 1.059 (Vorjahr: TEUR 1.045).

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger betreffen wie im Vorjahr sonstige Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen wie im Vorjahr Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Verbindlichkeiten aus nicht zweckentsprechend verwendeten Einzelfördermitteln (AfA-Anteile) analog § 9 Abs. 1 KHG i. V. m. § 5 Abs. 1 KHG LSA wurden im Wirtschaftsjahr 2012 in Höhe von TEUR 636 zweckentsprechend verwendet.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige Verpflichtungen aus Miet-, Wartungs-, Leasing- und Abnahmeverträgen betragen TEUR 5.946 und enthalten insbesondere Wartungsverträge für Großgeräte mit TEUR 2.673 und einen Laufzeitoptionsvertrag über TEUR 3.053 für einen Linearbeschleuniger sowie die Aufrüstung eines zweiten Linearbeschleunigers.

Geförderte Investitionsverpflichtungen für Brandschutzmaßnahmen bestehen in Höhe von TEUR 88,5.

Die Verlegung der Zytostatikaherstellung wurde im Geschäftsjahr 2012 abgeschlossen; die Herstellungsabteilung in Betrieb genommen und zum 1. April 2012 aktiviert.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und gegliedert.

Erlöse aus Krankenhausleistungen

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen betragen TEUR 94.470 (Vorjahr: TEUR 89.537). Sie beinhalten auch Erlösausgleiche für frühere Wirtschaftsjahre in Höhe von TEUR 689 sowie Aufwandsausgleiche in Höhe von TEUR 42.

Die Erlöse aus Pflegeleistungen des Altenpflegeheims „Am Georgengarten“ betragen TEUR 2.227 (Vorjahr: TEUR 2.238).

Erstmalig wurden Ausgleichsforderungen für Vorjahre (2008 und 2009) nach einer Neuberechnung unter Berücksichtigung der MDK-Korrekturen in Höhe von TEUR 614 bilanziert.

Periodenfremde Erträge

Die periodenfremden Erträge in Höhe von TEUR 779 (Vorjahr: TEUR 1.424) beinhalten im Wesentlichen die ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 180, Bonuszahlungen und die Rückvergütung der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser e.G. im Deutschen Städtetag (EKK e.G.) für das Wirtschaftsjahr 2011 in Höhe von TEUR 145 (Vorjahr: TEUR 119), den Krankenkassen berechnete Aufwandspauschalen wegen Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen und die Kostenerstattung der Gemeinschaftspraxis für Dialyse (DM S. Theunert/ Dr. med. P. Saile) im Rahmen der KV-Endabrechnung für das 4. Quartal 2011 in Höhe von TEUR 237.

Im Vorjahr waren im Wesentlichen eine ertragswirksame Auflösung von Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 511, von Rückstellungen in Höhe von TEUR 264 und die Rückzahlung einer Krankenkasse betreffend die Anschubfinanzierung für die Behandlungsjahre 2004 bis 2008 mit TEUR 240 enthalten.

Periodenfremde Aufwendungen

Die periodenfremden Aufwendungen betragen TEUR 140 (Vorjahr: TEUR 148) und beinhalten insbesondere die Leistungsvergütung für die Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser e. G. im Deutschen Städtetag 2011 und die Betriebskostenabrechnung 2011 für Mieter im Gesundheitszentrum.

Im Vorjahr enthielten die periodenfremden Aufwendungen die Leistungsvergütung für die EKK 2010, nephrologische Leistungen der Gemeinschaftspraxis für Dialyse und die Fortschreibung der Rückstellung für eine Werklohnklage.

Steuern

Im Jahresabschluss sind Ertragsteuern für das Wirtschaftsjahr 2012 in Höhe von TEUR 413 enthalten.

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das außerordentliche Ergebnis beträgt EUR 0.

V. Sonstige Angaben

Arbeitnehmerzahl

Im Durchschnitt waren während des Wirtschaftsjahres 2012 1.517 (Vorjahr: 1.481) Arbeitnehmer im Eigenbetrieb beschäftigt (§ 267 Abs. 5 HGB). Die Zahl der Vollkräfte inklusive der zur Ausbildung Beschäftigten und unter Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten auf die 40-Std./Woche betrug 1.318,96 (Vorjahr: 1.300,14).

Davon waren im Altenpflegeheim durchschnittlich 54 (Vorjahr: 58) Arbeitnehmer beschäftigt. Die Zahl der Vollkräfte im Altenpflegeheim betrug 43,97 (Vorjahr: 46,2).

Die Anzahl der Arbeitnehmer des Wirtschaftsjahres 2012 getrennt nach Dienstarten und Einrichtung gestaltet sich wie folgt:

	SKD	Altenpflege-heim	Summe
	Personen	Personen	Personen
Ärztlicher Dienst	234	0	234
Pflegedienst	469	41	510
Medizinisch-technischer Dienst	217	0	217
Funktionsdienst	208	0	208
Klinisches Hauspersonal/Hauswirtschaftlicher Dienst	54	12	66
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	101	0	101
Technischer Dienst	44	0	44
Verwaltungsdienst	109	1	110
Sonderdienst	20	0	20
Personal in Ausbildungsstätten	7	0	7
	1.463	54	1.517

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung nach § 5 EigBG besteht aus folgenden Personen:

1. Dr. med. Joachim Zagrodnick, erster Betriebsleiter, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie,
2. Dr. med. André Dyrna, Verwaltungsdirektor,
3. Daniel Behrendt, Pflegedienstleiter.

Die für die Tätigkeit im Wirtschaftsjahr 2012 gewährten Gesamtbezüge für die Betriebsleitung betrugen im Jahr 2012 TEUR 166.

Krankenhausausschuss

Dem Krankenhausausschuss (Betriebsausschuss gemäß § 8 EigBG) gehörten 2012 folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. Frau Sabrina Nußbeck, Vorsitzende, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen der Stadt Dessau-Roßlau,
2. Herr Heinz Bierbaum, Ruheständler,
3. Frau Angela Müller, Krankenschwester ADA,
4. Herr Dr. Jürgen Neubert, Ruheständler,
5. Herr Otto Glathe, Unternehmer,
6. Frau Maschinenbau-Ing. Monika Andrich, Wahlkreismitarbeiterin,
7. Herr Dipl.-Ing. Hans-Georg Otto, Ruheständler,
8. Herr Dipl.-Theologe Stefan Giese-Rehm, Hausmann,
9. Herr Dipl.-Ing. Frank Hoffmann, Landtagsabgeordneter,

10. Frau Anke Berghäuser, Personalratsvorsitzende im SKD bis 5. Juni 2012,

11. Herr Matthias Lieschke, Personalratsvorsitzender im SKD ab 6. Juni 2012.

Für ihre Tätigkeit erhalten die Stadträtinnen und Stadträte und die Arbeitnehmervertreterin eine Aufwandsentschädigung gemäß Entschädigungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau.

Betriebliche Altersversorgung

Der Verpflichtung, für anspruchsberechtigte Beschäftigte und Auszubildende eine zur Versorgung führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse abzuschließen, kommt das SKD durch die Anmeldung der anspruchsberechtigten Mitarbeiter bei der ZVK Sachsen-Anhalt mit Sitz in Magdeburg nach. Die ZVK erhob in 2011 auf der Grundlage des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts vom Arbeitgeber eine Umlage in Höhe von 1,5 %. Daneben wurde ein Zusatzbeitrag erhoben. Der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmeranteil betrugen jeweils 2,0 %

Bis 31. Dezember 2002 arbeitete die ZVK ausschließlich nach dem Umlageverfahren und kombiniert seit dem 1. Januar 2003 dieses mit dem Kapitaldeckungsverfahren (Punktemodell).

Durch den Transfer der Altanwartschaften in das Punktemodell ist von einer Unterdeckung für die Wirtschaftsjahre 1997 bis 2002 auszugehen, da für diesen Zeitraum nur Umlagen von insgesamt 8 % gezahlt wurden, denen aber Zusagen von insgesamt 24 % gegenüber stehen.

Hinzu kommt, dass bei der derzeitigen Lage am Kapitalmarkt, die durch die Tarifgrundlagen entstehenden Ansprüche mit einem Beitrag von 4 % nicht finanziert werden können und mit jeder Beitragszahlung ein neuer, zusätzlicher nicht ausfinanzierter Versorgungsanspruch entsteht, der durch die Umlage nachträglich ausfinanziert werden muss.

Die ZVK sieht sich außerstande, konkrete Angaben zur vorhandenen Unterdeckung zu machen.

Angaben zum Anteilsbesitz zum 31. Dezember 2012

Name	Sitz	Beteiligung in %	Eigenkapital[1] zum 31.12.2012 TEUR	Ergebnis[1] Wirtschaftsjahr 2012 TEUR
Medizinisches Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gemeinnützige GmbH	Dessau-Roßlau	100	1.965	101

[1] vorläufiger Jahresabschluss 2012

Städtisches Klinikum Dessau
Akadem. Lehrkrankenhaus d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Honorar des bestellten Abschlussprüfers (§ 285 Nr. 17 HGB)

Das Gesamthonorar im Wirtschaftsjahr 2012 schlüsselt sich wie folgt auf:

Abschlussprüfungsleistungen	EUR 36.401,12
andere Bestätigungsleistungen	EUR 3.200,00

Dessau-Roßlau, 3. Mai 2013

….……	……	……
Dr. med. Joachim Zagrodnick	Dr. med. André Dyrna	Daniel Behrendt
Erster Betriebsleiter	Verwaltungsdirektor	Pflegedienstleiter

Städtisches Klinikum Dessau
Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

Anlagennachweis Krankenhaus und Altenpflegeheim

	Entwicklung Anschaffungswerte					Entwicklung Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 1.1.2012 EUR	Zugang 2012 EUR	Umbuchung 2012 EUR	Abgang 2012 EUR	Endstand 31.12.2012 EUR	Anfangsstand 1.1.2012 EUR	Abschreibungen 2012 EUR	Entnahme für Abgänge 2012 EUR	Endstand 31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	Ø AfA-Satz 2012 %	Ø Rest-buchwert 2012 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.156.281,85	72.832,97	0,00	0,00	2.229.114,82	1.798.517,83	150.308,97	0,00	1.948.826,80	280.288,02	357.764,02	6,7	12,6
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	132.420.818,25	161.103,45	1.961.597,03	0,00	134.543.518,73	53.095.050,93	4.585.350,48	0,00	57.680.401,41	76.863.117,32	79.325.767,32	3,4	57,1
2. Technische Anlagen	16.228.940,06	168.715,99	634.125,14	0,00	17.031.781,19	11.794.660,06	941.438,13	0,00	12.736.098,19	4.295.683,00	4.434.280,00	5,5	25,2
3. Einrichtungen und Ausstattungen	56.498.673,50	1.740.815,42	205.953,22	2.749.446,74	55.695.995,40	46.130.306,19	2.968.329,09	2.738.221,62	46.360.413,66	9.335.581,74	10.368.367,31	5,3	16,8
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	862.220,06	2.029.914,21	-2.801.675,39	7.890,29	82.568,59	0,00	0,00	0,00	0,00	82.568,59	862.220,06	0,0	100,0
	206.010.651,87	4.100.549,07	0,00	2.757.337,03	207.353.863,91	111.020.017,18	8.495.117,70	2.738.221,62	116.776.913,26	90.576.950,65	94.990.634,69	4,1	43,7
III. Finanzanlagen													
1. Beteiligungen	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	25.000,00	0,0	100,0
2. Sonstige Finanzanlagen	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00	0,0	100,0
	55.000,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00	55.000,00	0,0	100,0
	208.221.933,72	4.173.382,04	0,00	2.757.337,03	209.637.978,73	112.818.535,01	8.645.426,67	2.738.221,62	118.725.740,06	90.912.238,67	95.403.398,71	4,1	43,4

Krankenhaus nach KHBV

	Entwicklung Anschaffungswerte					Entwicklung Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 1.1.2012 EUR	Zugang 2012 EUR	Umbuchung 2012 EUR	Abgang 2012 EUR	Endstand 31.12.2012 EUR	Anfangsstand 1.1.2012 EUR	Abschreibungen 2012 EUR	Entnahme für Abgänge 2012 EUR	Endstand 31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	Ø AfA-Satz 2012 %	Ø Rest-buchwert 2012 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Werten und Rechten	2.152.409,77	72.832,97	0,00	0,00	2.225.242,74	1.794.646,75	150.308,97	0,00	1.944.955,72	280.287,02	357.763,02	6,8	12,6
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	127.077.467,61	161.103,45	1.961.597,03	0,00	129.200.168,09	52.152.607,29	4.479.607,48	0,00	56.632.214,77	72.567.953,32	74.924.860,32	3,5	56,2
2. Technische Anlagen	16.053.445,72	168.715,99	634.125,14	0,00	16.856.286,85	11.686.548,72	920.897,13	0,00	12.607.445,85	4.248.841,00	4.366.897,00	5,5	25,2
3. Einrichtungen und Ausstattungen	56.152.456,93	1.737.608,37	205.953,22	2.746.836,74	55.349.181,78	45.857.092,13	2.938.633,04	2.735.612,62	46.060.112,55	9.289.069,23	10.295.364,80	5,3	16,8
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	862.220,06	2.029.914,21	-2.801.675,39	7.890,29	82.568,59	0,00	0,00	0,00	0,00	82.568,59	862.220,06	0,0	100,0
	200.145.590,32	4.097.342,02	0,00	2.754.727,03	201.488.205,31	109.696.248,14	8.339.137,65	2.735.612,62	115.299.773,17	86.188.432,14	90.449.342,18	4,1	42,8
III. Finanzanlagen													
1. Beteiligungen	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	25.000,00	0,0	100,0
2. Sonstige Finanzanlagen	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00	0,0	100,0
	55.000,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00	55.000,00	0,0	100,0
	202.353.000,09	4.170.174,99	0,00	2.754.727,03	203.768.448,05	111.490.894,89	8.489.446,62	2.735.612,62	117.244.728,89	86.523.719,16	90.862.105,20	4,2	42,5

Altenpflegeheim am Georgengarten nach PBV

Bilanzpositionen	Entwicklung Anschaffungswerte				Entwicklung Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 1.1.2012 EUR	Zugang 2012 EUR	Abgang 2012 EUR	Endstand 31.12.2012 EUR	Anfangsstand 1.1.2012 EUR	Abschreibungen 2012 EUR	Entnahme für Abgänge 2012 EUR	Endstand 31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	Ø AfA-Satz 2012 %	Ø Restbuchwert 2012 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Werten und Rechten	3.872,08	0,00	0,00	3.872,08	3.871,08	0,00	0,00	3.871,08	1,00	1,00	0,0	0,0
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	5.343.350,64	0,00	0,00	5.343.350,64	942.443,64	105.743,00	0,00	1.048.186,64	4.295.164,00	4.400.907,00	2,0	80,4
2. Technische Anlagen	175.494,34	0,00	0,00	175.494,34	108.111,34	20.541,00	0,00	128.652,34	46.842,00	67.383,00	11,7	26,7
3. Einrichtungen und Ausstattungen	346.216,57	3.207,05	2.610,00	346.813,62	273.214,06	29.696,05	2.609,00	300.301,11	46.512,51	73.002,51	8,6	13,4
	5.865.061,55	3.207,05	2.610,00	5.865.658,60	1.323.769,04	155.980,05	2.609,00	1.477.140,09	4.388.518,51	4.541.292,51	2,7	74,8
	5.868.933,63	3.207,05	2.610,00	5.869.530,68	1.327.640,12	155.980,05	2.609,00	1.481.011,17	4.388.519,51	4.541.293,51	2,7	74,8

Altenpflegeheim am Georgengarten

Nachweis der Förderungen zum 31. Dezember 2012

	Entwicklung geförderte Anschaffungswerte		Entwicklung geförderte Abschreibungen			Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 1.1.2012 EUR	Endstand 31.12.2012 EUR	Anfangsstand 1.1.2012 EUR	Abschreibungen 2012 EUR	Endstand 31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	Ø AfA-Satz 2012 %	Ø Rest-buchwert 2012 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Sachanlagen									
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	4.333.747,00	4.333.747,00	867.206,00	93.689,00	960.895,00	3.372.852,00	3.466.541,00	2,2	77,8
2. Technische Anlagen	112.673,00	112.673,00	90.128,00	11.266,00	101.394,00	11.279,00	22.545,00	10,0	10,0
3. Einrichtungen und Ausstattungen	225.846,91	225.846,91	192.176,91	16.832,00	209.008,91	16.838,00	33.670,00	7,5	7,5
	4.672.266,91	4.672.266,91	1.149.510,91	121.787,00	1.271.297,91	3.400.969,00	3.522.756,00	2,6	72,8

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1. Rahmenbedingungen

Das Städtische Klinikum Dessau (SKD) ist ein Eigenbetrieb der Stadt Dessau-Roßlau und Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Es ist als Schwerpunktkrankenhaus in den Krankenhausplan des Landes aufgenommen.

Das Klinikum verfügt über die Hauptabteilungen

- Anästhesiologie und Intensivtherapie,
- Augenheilkunde mit dem Zentrum für Refraktive Chirurgie,
- Chirurgie mit den Abteilungen Gefäßchirurgie und Visceralchirurgie,
- Dermatologie, Venerologie und Allergologie mit dem Immunologischen Zentrum,
- Diagnostische und Interventionelle Radiologie und Neuroradiologie,
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe,
- Hals-Nasen-Ohren Heilkunde mit Kopf- und Halschirurgie,
- Innere Medizin mit den Abteilungen Kardiologie, Gastroenterologie, Pneumologie, Hämatologie/Onkologie, Diabetologie/Endokrinologie, Angiologie, Nephrologie und internistische Intensivmedizin,
- Kinder- und Jugendmedizin mit Intensivtherapie,
- Neurochirurgie,
- Neurologie,
- Nuklearmedizin,
- Orthopädie- und Unfallchirurgie,
- Strahlentherapie und Radioonkologie,
- Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik,
- Pathologie

und die Belegabteilung Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie.

Weiterhin gehören zum Klinikum eine staatlich genehmigte Ausbildungseinrichtung für Gesundheits- und Krankenpflege, eine Kindertageseinrichtung und ein Altenpflegeheim mit 82 Pflegebetten.

Im Wirtschaftsjahr 2006 wurde das Medizinische Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau als gemeinnützige GmbH (MVZ) der Stadt Dessau-Roßlau gegründet. Der Ärztliche Direktor und der Verwaltungsdirektor des Städtischen Klinikums sind Geschäftsführer des MVZ.

1.2. Grundzüge des Vergütungssystems

Medizinische Leistungen im Krankenhaus werden hauptsächlich durch stationäre Erlöse, Erlöse aus Wahlleistungen, ambulante Erlöse und Nutzungsentgelte von Ärzten vergütet. Stationäre Erlöse nehmen dabei den größten Umfang ein. Der Landesbasisfallwert ohne Ausgleiche stieg von EUR 2.899,50 im Jahr 2011 auf EUR 2.965,00 im Jahr 2012.

Die Budget- und Entgeltverhandlungen für das Jahr 2012 fanden im Monat Juli 2012 statt.

	2012	2011	2012
	Ist	Ist	lt. Vereinbarung
DRG-Fälle mit Überliegern (E 1 und E 3.3)	29.893	28.708	29.054
Effektive Bewertungsrelation (Casemix) mit Überliegern	30.314,56	29.147,71	30.500,00
Effektiver Casemix-Index (CMI) mit Überliegern	1,015	1,016	1,051
Behandlungstage gesamt	197.468	193.986	

Das vereinbarte Erlösbudget ohne Ausgleiche für Vorjahre und ohne den Mehrleistungsabschlag für 2012 in Höhe von TEUR 866 für das Jahr 2012 betrug TEUR 91.222.

Im Altenpflegeheim betrug die Auslastung im Jahr 2012 98,33 %. Es wurden 29.512 Belegungstage und 402 Abwesenheitstage erbracht. Folgende Pflegesätze wurden abgerechnet:

ab 09/2009	EUR
Pflegestufe 1	42,39
Pflegestufe 2	56,36
Pflegestufe 3	63,80
Härtefälle	73,00
ab 08/2008	
Unterkunft und Verpflegung	16,52
Investitionskosten	2,01

1.3. Leistungsentwicklung

Im Jahr 2010 hatte ein Leistungsrückgang begonnen, der sich auch im ersten Halbjahr 2011 noch deutlich fortsetzte.

Im Jahr 2012 konnte mit der strukturellen Konzentration im Leistungsspektrum (Eröffnung des Onkologischen Zentrums, des Zentrums zur multimodalen nichtoperativen Komplexbehandlung des Bewegungsapparates und des Interdisziplinären Zentrums zur Behandlung des diabetischen Fußsyndroms) die Wirtschaftlichkeit gesteigert werden. Den wesentlichsten Beitrag ergab die Kooperation mit ambulanten Leistungserbringern (Eröffnung des Operativen Zentrums Niedergelassener Ärzte). Die durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz geschaffenen Möglichkeiten wurden intensiv genutzt und ermöglichten eine Steigerung des vereinbarten Erlösbudgets um 4,1 %.

Nach abschließender Bewertung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen blieb das Ergebnis im Jahr 2012 allerdings um 185,442 Punkte hinter der vereinbarten Zahl der effektiven Bewertungsrelationen zurück.

1.4. Fördermittel

Vom Land Sachsen-Anhalt erhielt das Klinikum pauschale Fördermittel in Höhe von TEUR 1.040. Aus diesen Mitteln wurden u. a. neue medizinische Geräte beschafft.

Gemäß Zuwendungsvertrag vom 30. Juli 2012 erhält das Klinikum nach Artikel 14 Abs. 1 GSG TEUR 124,7 zur Realisierung von Brandschutzmaßnahmen.

Von diesen Mitteln wurde im Wirtschaftsjahr 2012 im Haus 5 eine neue Brandmeldeanlage installiert und im Haus 8 im Rahmen der Sicherung des baulichen Brandschutzes der Bau einer neuen Fluchttreppe, welche im 1. Quartal 2013 in Betrieb genommen wurde. Für das Wirtschaftsjahr 2013 ist die Ertüchtigung der Brandschutztechnik zur Brandabschnittsbegrenzung im Haus 1 vorgesehen.

1.5. Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurde der Umbau einer ehemaligen Kinderstation zu einer Normalstation begonnen; im Frühjahr 2012 fertiggestellt und zum 16. Mai 2012 in Betrieb genommen.

Darüber hinaus wurde die im Wirtschaftsjahr 2011 begonnene und geförderte Umsetzung des Zytostatika-Herstellungsbereiches der Krankenhausapotheke, welcher sich in einem externen Gebäude befand, im Wirtschaftsjahr 2012 abgeschlossen und zum 1. April 2012 in Betrieb genommen.

Das Investitionsvolumen gemäß Anlagenbuchhaltung betrug im Berichtszeitraum insgesamt TEUR 4.173. Die Entwicklung der Anschaffungswerte stellt sich wie folgt dar:

	Entwicklung der Anschaffungswerte				
	Anfangsbestand 1.1.2012 in TEUR	Zugang 2012 in TEUR	Umbuchung 2012 in TEUR	Abgang 2012 in TEUR	Endstand 31.12.1012 in TEUR
Immaterielle Gegenstände	2.156	73	0	0	2.229
Betriebsbauten und Außenanlagen	132.421	161	1961	0	134.543
Technische Anlagen	16.229	169	634	0	17.032
Einrichtungen und Ausstattungen	56.499	1.741	206	2.749	55.697
Anlagen im Bau	862	2.029	-2.801	8	82
Finanzanlagen	55	0	0	0	55
Summe	**208.222**	**4.173**	**0**	**2.757**	**209.638**

Eine Änderung der im Bestand des Klinikums bilanzierten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte war im Wirtschaftsjahr 2012 weder im Klinikum noch im Altenpflegeheim zu verzeichnen.

Nachaktiviert wurden Nachzüglerrechnungen zum Bauabschnitt 5 (TEUR 977), aktiviert wurden die Anschaffungs- und Herstellungskosten aus dem o. g. Umbau der Kinderstation zu einer Erwachsenenstation (TEUR 642) sowie die der Umsetzung der Zytostatikaherstellung (TEUR 1.183).

Insgesamt war im Wirtschaftsjahr 2012 ein Rückgang des Anlagevermögens um TEUR 4.491 zu verzeichnen, da insbesondere die Abschreibungen mit TEUR 8.645 die Zugänge von TEUR 4.173 übersteigen.

Im Weiteren wird auf das Anlagengitter im Anhang zum Jahresabschluss 2012 verwiesen.

Planmäßige Wartungen und Instandhaltungen aber auch Erweiterungs- und Ersatzbeschaffungen sind Garant für einen guten Zustand bzw. für die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Anlagevermögens.

Wertintensive Erst- bzw. Ersatzinvestitionen, insbesondere im medizinischen Großgerätebereich, gestalten sich seit vielen Jahren durch das Nichtfunktionieren der Dualen Finanzierung immer schwieriger und das Ansparen von ausreichenden Eigenmittel für solche Investitionen wird auf Dauer nicht möglich sein. Die Überlegungen zur Finanzierung rücken damit immer näher in den Bereich der Darlehensfinanzierung und von Leasingverträgen.

Hinsichtlich des Ausnutzungsgrades des vorhandenen Anlagevermögens sind keine Still- oder Leerstände zu verzeichnen. Nicht notwendiges Betriebsvermögen ist nicht vorhanden.

1.6. Finanzierungsmaßnahmen

Es bestanden keine Kreditverpflichtungen gegenüber Dritten.

1.7. Personalbereich

Im Wirtschaftsjahr 2012 waren im Klinikum durchschnittlich 1.318,96 VK beschäftigt, 18,82 VK mehr als im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 2011. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalkosten von TEUR 72.535 auf TEUR 74.673. Das sind für das Jahr 2012 pro VK Personalkosten in Höhe von TEUR 57 gegenüber TEUR 56 für 2011.

Ursachen dieser Entwicklung waren:

- die Tarifsteigerung im Bereich des TVöD um 3,5 % ab März 2012,
- die Tarifsteigerungen im Bereich des TV-Ärzte um 2,9 % ab Januar 2012,
- Veränderungen der sozialversicherungspflichtigen Bemessungsgrenzen und
- Veränderungen von Beitragssätzen der Sozialversicherung.

Die Ausgaben für die Altersvorsorge stiegen von TEUR 1.928 im Jahr 2011 auf TEUR 2.004 im Jahr 2012.

1.8. Forschung und Lehre

Durch Beteiligung an zahlreichen klinischen Studien und Forschungsprojekten, z. T. auch durch öffentliche Träger (EU) finanziert, konnten im Vorjahr Drittmittel in Höhe von TEUR 284, im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 130 eingeworben werden.

Der Rückgang der Drittmitteleinnahmen ist damit zu begründen, dass zwei große geförderte Drittmittelprojekte (Hidradenitis Suppurativa, IPS Cells) ausgelaufen sind und für eine größere, noch laufende Honorarstudie (Investigation Sarcoidosis) die Abschlusszahlung erst nach Abnahme des Forschungsberichtes erfolgt.

Seit dem 1. Januar 1994 ist das Städtische Klinikum Dessau Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Darüber hinaus nutzen immer mehr Studenten anderer, auch ausländischer Universitäten, die Möglichkeit einer qualitativ hochwertigen Ausbildung. Grundlage dafür ist die Vergleichbarkeit des Städtischen Klinikums mit Universitätsklinika im Hinblick auf

das Diagnosespektrum, die (groß)gerätetechnische Ausstattung, entsprechende Therapiemöglichkeiten sowie das günstige Verhältnis von Lehrkräften zur Studentenzahl. Die Betreuung von Diplomanden und Doktoranden wurde fortgesetzt.

1.9. Umwelt- und Arbeitnehmerbelange

Das Klinikum unterstützt weiterhin die Initiative der Ärztekammer und bietet die Facharztausbildung Allgemeinmedizin an.

Auf Initiative des Klinikums schlossen sich elf Dessauer Einrichtungen zur Impulsgabe und Steigerung der Außenwirkung der Stadt Dessau-Roßlau zusammen. Die „Leuchttürme“, zu denen neben dem Klinikum u. a. das Anhaltische Theater, die Stiftung Bauhaus, die Hochschule Anhalt, das Umweltbundesamt oder das Gartenreich Dessau-Wörlitz gehören, verstehen sich als Katalysator für Kultur und Bildung und für zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt.

Der gesellschaftlichen Verantwortung für die Region als größter Arbeitgeber der Stadt Dessau-Roßlau wird das Klinikum durch die Betriebskindereinrichtung mit erweitertem Betreuungsangebot, Maßnahmen der Personalorientierung und der Personalbindung gerecht. Das SKD wurde durch das Audit „beruf und familie“ (eine Initiative mit Unterstützung der Bundesregierung) bereits mehrfach erfolgreich zertifiziert.

1.10. Wichtige Vorgänge des Wirtschaftsjahres

Die Betriebsleitung wurde für das Wirtschaftsjahr 2011 durch den Stadtrat am 7. November 2012 entlastet.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1. Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	Anfangsbestand 1.1.12 in TEUR	Entnahme in TEUR	Zugang in TEUR	Schlussbestand 31.12.12 in TEUR
Eigenkapital	26.629	0	96	26.725

Im Weiteren wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.2. Rückstellungen

Die nachstehende Tabelle gibt Auskunft über die Entwicklung der Rückstellungen.

	Anfangsbestand 1.1.12 in TEUR	Verbrauch/Auflösung in TEUR	Zuführung/ Auf-/Abzinsung in TEUR	Schlussbestand 31.12.12 in TEUR
Steuerrückstellungen	21	21	133	133
Personalrückstellungen	13.074	3.530	3.524	13.068
Sonstige Rückstellungen	1.574	707	710	1.577
Summe Rückstellungen	**14.669**	**4.258**	**4.367**	**14.778**

2.3. Ertragslage

Das Klinikum ohne Altenpflegeheim (APH) schließt das Wirtschaftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 219 (Vorjahr: TEUR 83), das APH mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 123 (Vorjahr: TEUR 82) ab. Konsolidiert verbleibt ein Jahresüberschuss von TEUR 96 (Vorjahr: TEUR 1).

Trotz des gestiegenen Personalaufwands von TEUR 74.673 (Vorjahr: TEUR 72.535) um TEUR 2.138 und des Materialaufwands von TEUR 30.631 (Vorjahr: TEUR 28.692) um TEUR 1.939 als einflussreichste Aufwandskomponenten ist ein positives Jahresergebnis zu verzeichnen.

		2012	2011
Personalintensität	%	64,5	65,2
Gesamtleistung je VK	EUR	84.767	81.424
Personalaufwand je VK	EUR	56.615	55.790
Durchschnittserlöse stationärer Bereich[1)]	EUR	2.979	2.966
Durchschnittserlöse im APH	EUR	75	76
Durchschnittserlöse ambulantes Operieren	EUR	422	453
Materialintensität insgesamt	%	27,4	27,1
darunter für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe	%	22,2	22,4
darunter für bezogene Leistungen	%	5,2	4,7

[1)] einschließlich unfertige Leistungen

Stationärer Bereich

Bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen war ein Anstieg um TEUR 4.932 zu verzeichnen.

Der fakturierte Zahlbetrag betrug am 1. Januar 2012 EUR 2.899,50 (Vorjahr: EUR 2.884,00), ab 1. März 2012 EUR 2.947,50 (Vorjahr: EUR 2.889,00) und ab 1. Dezember 2012 EUR 3.127,50 (Vorjahr: unverändert EUR 2.889,00).

Der vergleichsweise hohe, landesweit geltende Zahlbasisfallwert in Höhe von EUR 3.127,50 diente der Umsetzung einer verspäteten Erhöhung des landesweiten Basisfallwertes wegen einer Tarifberichtigung für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß § 10 Abs. 5 KHEntgG für ab dem 1. Dezember 2012 bis 31. Dezember 2012 aufgenommene Patienten.

Da bis zum 1. Januar 2013 kein landesweit geltender Basisfallwert für 2013 genehmigt war, wurde bei aufgenommenen Patienten ab dem 1. Januar 2013 bis 31. März 2013 der landesweit geltende Basisfallwert in Höhe von EUR 2.965,00 abgerechnet.

Altenpflegeheim

Die Erlöse insgesamt aus Pflegeleistungen verzeichnen einen Rückgang um TEUR 11.

Im Wirtschaftsjahr 2012 war im APH ein Rückgang der Leistungen in der Pflegestufe II mit TEUR 93 und ein Zuwachs in den Pflegestufen I mit TEUR 44 und III mit TEUR 69 zu verzeichnen. Der Zuwachs in den Pflegestufen I und III konnte den Rückgang in der Pflegestufe II sowohl mengenmäßig als auch monetär kompensieren. Auch war in allen Pflegestufen ein Rückgang der Krankheitstage zu verzeichnen.

Gegenläufig zur Kompensation wirkte sich die Umsatzentwicklung bei den übrigen Pflegeleistungen (im Wesentlichen Umsatzerlöse aus Härtefälle, Unterkunft und Verpflegung, Inkontinenzmaterial, Personalkostenzuschläge für die Betreuung dementer Bewohner sowie Kurzzeitpflege) mit einem Rückgang von TEUR 31 aus.

Ambulanter Bereich

Bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen ist ein Anstieg um TEUR 1.027 und bei den Kostenerstattungen der Ärzte um TEUR 179 zu verzeichnen.

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden 12.648 (Vorjahr: 12.255) Konsile für fremde Krankenhäuser erbracht. Die Notfallambulanz des Klinikums hatte im Wirtschaftsjahr 2012 15.877 Fälle (Vorjahr: 15.277), das Ambulante Operieren 5.315 Fälle (Vorjahr: 5.585) und die übrigen Ambulanzbereiche 9.461 (Vorjahr: 9.343) zu verzeichnen.

2.4. Finanzlage

Die erweiterte Eigenkapitalquote hat sich um 0,7 % auf 80,7 % (Vorjahr: 81,4 %) verändert. Das Egenkapital wie auch das Gesamtkapital sind zwar gesunken, dennoch sind die Kapitalkraft und die Stabilität des Städtischen Klinikums als gut einzustufen, da die Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern relativ gering ist. Im Wirtschaftsjahr 2012 bestanden grundsätzlich weder lang- noch kurzfristige Darlehensverpflichtungen gegenüber Banken und anderen Dritten. Ergänzend ist zu erwähnen, dass im Wirtschaftsjahr 2012 für eine größere in 2013 geplante Ersatzinvestition ein Laufzeitoptionsvertrag unterzeichnet wurde.

Die Summe der Rückstellungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 109 auf TEUR 14.778 (Vorjahr: TEUR 14.669) erhöht.

Die Summe der Verbindlichkeiten ist um TEUR 178 auf TEUR 7.466 (Vorjahr: TEUR 7.644) gesunken. Ist ein Anstieg bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie den sonstigen Verbindlichkeiten, hier insbesondere gegenüber dem Finanzamt in Form von Lohnsteuern für den Gehaltsmonat Dezember 2012, zu verzeichnen, so ist bei den Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht ein Rückgang von TEUR 590 gegeben. Hauptursache dafür ist die Inanspruchnahme der bereits in 2003, also noch vor Inkrafttreten des § 13 Abs. 3 KHG LSA - eingestellten Verbindlichkeiten aus Abschreibungsanteilen, welche im Sinne des seit 2007 geltenden § 13 Abs. 3 KHG LSA anteilig mit TEUR 636 verwendet wurden.

Der Verschuldungsgrad ist von 7,9 % in 2011 um 0,2 % auf 8,1 % in 2012 gestiegen. Die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital ist 12:1 (Vorjahr: 13:1). Die überwiegende Unabhängigkeit von externen Gläubigern ist nicht gefährdet.

Die Rückstellungsquote ist in 2012 um 0,8 % auf 15,9 % (Vorjahr: 15,1 %) gestiegen; wobei der überwiegende Teil (Altersteilzeit, Zusatzversorgungskasse, Jubiläen) nicht sofort und auch nicht gleichzeitig in Anspruch genommen wird, sodass das Kapital verzinslich ist.

Das Sinken der Barliquidität um 62 % auf 55 % (Vorjahr: 117 %) beruht hauptsächlich auf gestiegene Personal- und Sachausgaben sowie auf eigenmittelfinanzierten Investitionen.

2.5. Vermögenslage

Insgesamt ist das Anlagevermögen von TEUR 95.403 in 2011 um TEUR 4.491 auf TEUR 90.912 gesunken. Ursache hierfür sind planmäßige Abschreibungen mit TEUR 8.645, welche die in 2012 getätigten Investitionen von TEUR 4.173 übersteigen. Beeinflusst wurde dieser Sachverhalt zusätzlich durch Anlagenabgänge.

Die Anlagenintensität des Städtischen Klinikums ist zwar um 0,6 % von 79,7 % in 2011 auf 79,1 % in 2012 gesunken; spiegelt dennoch - Krankenhäuser gehören zu den anlagenintensiven Branchen - einen modernen Anlagenbestand wider. Unter Vernachlässigung von Fördermittelfinanzierungen ist die Anlagenintensität um 0,5 % von 50,4 % in 2011 auf 50,9 % in 2012 gestiegen.

Das Umlaufvermögen ist um TEUR 212 auf TEUR 23.234 (Vorjahr: TEUR 23.446) gesunken.

Die Intensität des Umlaufvermögens ist im Vergleich zu 2011 von 19,6 % um 0,6 % auf 20,2 % gestiegen.

2.6. Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt Dessau-Roßlau

Direkte Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt Dessau-Roßlau als Trägerin des Klinikums sind im kreditorischen wie auch debitorischen Bereich zu verzeichnen.

kreditorisch

Die Umsatzsteuervoranmeldungen bzw. Jahreserklärungen des Klinikums werden zwar eigenständig berechnet, fließen aber in die Gesamt-Umsatzsteuererklärungen der Stadt Dessau Roßlau als Teilmeldung ein. Nach Aufforderung durch das Amt für Stadtfinanzen werden die Zahllastbeträge an die Stadt Dessau-Roßlau überwiesen. Gegebene Erstattungsbeträge fließen dem Klinikum auf umgekehrtem Wege zu.

Weitere Zahlungen an die Stadt Dessau-Roßlau erfolgten im Wirtschaftsjahr 2012 für Straßenreinigungsgebühren, Grundsteuern, Verwaltungskostenumlagen, die Unterstützung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Dessau-Roßlau sowie für Gaslieferungen an die Turnhalle Mosigkau.

Die Turnhalle in Mosigkau wurde in 2011 vom Klinikum übernommen und wird von der Betriebssportgemeinschaft des Klinikums „BSG Medizin Dessau e.V.“ genutzt. Die Heizkosten in Form von Gaslieferungen trägt in Vorkasse die Stadt Dessau-Roßlau und legt diese im Nachgang an das Klinikum um.

Wesentliche Versicherungen für das Klinikum werden zwischen der Stadt Dessau-Roßlau als Trägerin des Klinikums und dem jeweiligen Versicherer unmittelbar vertraglich vereinbart und auch von der Stadt Dessau-Roßlau zahlungstechnisch direkt bedient. Diese Vorkasse wird im Rahmen eines Umlageverfahrens der Stadt Dessau-Roßlau vom Klinikum erstattet. Bei den Versicherungen handelt es sich um die KfZ-Haftpflichtversicherung, die Allgemeine Haftpflicht für den Hubschrauberlandeplatz, die Allgemeine Unfallumlage sowie um die Heilwesen- und Feuerversicherung.

debitorisch

Das Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst (hier Berufsfeuerwehr-Rettungsdienst) der Stadt Dessau-Roßlau wurde durch die Krankenhausapotheke des Klinikums gegen Rechnung mit medizinischen Artikeln beliefert.

Küchenleistungen gegen Rechnung wurden von der klinikeigenen Küche gegenüber dem Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst (hier Katastrophenschutz) und dem Kulturamt der Stadt Dessau-Roßlau erbracht.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

4. Risikobericht/Prognose

Die Gesamtrisikolage hat sich nach Einschätzung der Betriebsleitung gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die demografische Entwicklung zwingt das Klinikum im Hinblick auf die Patientenversorgung dazu, sein Leistungsspektrum anzupassen. Durch eine stetige Fort- und Weiterbildung bzw. Spezialisierung der Fachkräfte und Etablierung neuer Versorgungsformen kann diese Entwicklung jedoch auch als Chance genutzt werden. Deutlich schwieriger gestaltet sich die demografische Entwicklung im Hinblick auf den Personalstamm, da hier eine weitere Verschärfung des Fachkräftemangels und der Leistungsfähigkeit droht. Mit Strukturänderungen und Instrumenten der Personalpolitik wird auf den Fachkräftemangel im ärztlichen Dienst, im Pflegedienst und im Funktionsdienst reagiert.

Bei der Beschaffung und Auswahl von Medizintechnik spielen neue Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten sowie die aktuelle Konkurrenzsituation eine große Rolle. Beispielhaft dafür steht die Klinik für Strahlentherapie und Radioonkologie. Die im Jahr 2011 organisatorisch begonnene gerätetechnische Ersatzbeschaffung soll im Jahr 2013 abgeschlossen werden. Die hoch spezialisierte Aufrüstung wird es dem Klinikum ermöglichen, Patienten der gesamten Region modernste Therapiemöglichkeiten anzubieten.

Problematisch ist die Absenkung der Höhe der pauschalen Fördermittel des Landes im Jahr 2013. Investitionen aus Fördermitteln werden dadurch weiter begrenzt. Es wurde deshalb aus den bisher erzielten Ergebnissen eine Rücklage für nicht geförderte Investitionen gebildet.

Die Notwendigkeit des Einsatzes von Honorarärzten hat zwar an Bedeutung im Klinikum nicht zugenommen, ist aber nicht vollständig vermeidbar. Die zu zahlenden außertariflichen Vergütungen werden sich auch künftig in einem erhöhten Aufwand bemerkbar machen.

Nach wie vor sehen wir die Risiken in der Einnahmenentwicklung der Krankenkassen in den neuen Bundesländern. Problematisch ist im Vergleich zu den Krankenhäusern in den alten Bundesländern, dass die nur sehr geringen Nebeneinnahmen aus ärztlichen und nichtärztlichen Wahlleistungen keinen Ausgleich für Defizite im Budgetbereich geben. Dies führt aber auch nach wie vor dazu, dass liquidationsberechtigten Ärzten weniger Zusatzeinnahmen neben den Gehältern zufließen und ein Wettbewerbsnachteil gegenüber Krankenhäusern in den alten Bundesländern für ärztliches Personal besteht. Die Eröffnung der Hotelstation im November 2011 war der erste Ansatzpunkt, dieses Problem langfristig zu entschärfen.

Städtisches Klinikum Dessau
Akadem. Lehrkrankenhaus d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Zusammenfassend geht die Betriebsleitung vom Weiterbestand des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau und einem positiven Jahresergebnis in den beiden folgenden Wirtschaftsjahren aus.

Dessau-Roßlau, 3. Mai 2013

….……	……	……
Dr. med. Joachim Zagrodnick	Dr. med. André Dyrna	Daniel Behrendt
Erster Betriebsleiter	Verwaltungsdirektor	Pflegedienstleiter

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

Es gilt die Betriebssatzung vom 10. Dezember 1997 zuletzt geändert durch Beschluss am 14. März 2012. Diese trat nach ihrer Bekanntmachung zum 1. April 2012 in Kraft. Das Krankenhaus wird nach § 1 EigBG LSA und § 1 der Betriebssatzung als wirtschaftliche und organisatorische Einheit geführt.

Der Sitz des Eigenbetriebs ist in Dessau-Roßlau.

Gegenstand des Eigenbetriebs ist gemäß § 2 der Betriebssatzung die Sicherstellung der stationären und ambulanten ärztlichen Versorgung sowie die Pflege und Unterbringung von Kranken mit dem Ziel, Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festzustellen, zu heilen oder zu lindern. Es dient ferner der Aus- und Weiterbildung für medizinische und andere Krankenhausberufe sowie der Forschung und Wissenschaft i. S. v. § 68 Nr. 9 AO. Des Weiteren wird auf dem Gelände des Klinikums eine betriebliche Kindertageseinrichtung betrieben, die vorrangig für die Kinder der Betriebsangehörigen zur Verfügung steht. Weiterer Satzungszweck ist die Pflege und Betreuung alter sowie pflegebedürftiger Menschen. Diese soll durch Kurzzeitpflege auf dem Gelände des Klinikums und durch das Betreiben von Altenpflegeheimen in Dessau verwirklicht werden.

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs entspricht dem Kalenderjahr.

Die Betriebsleitung hat gemäß § 8 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 19 EigBG LSA den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang — und den Lagebericht des Eigenbetriebs in Anwendung der Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches aufzustellen, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten. Von den Bestimmungen des § 1 Abs. 3 KHBV kann Gebrauch gemacht werden.

Die Abschlussprüfung ist um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 Abs. 1 HGrG zu erweitern.

Das Stammkapital des Eigenbetriebs beträgt EUR 3.078.000,00 und wird von der Stadt Dessau-Roßlau gehalten.

Die Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung, der Krankenhausausschuss und der Stadtrat.

Hinsichtlich der Betriebsleitung sowie der Zusammensetzung des Krankenhausausschusses verweisen wir auf die Angaben im Anhang (Anlage I).

Im Wirtschaftsjahr 2012 fanden fünf Sitzungen des Krankenhausausschusses (am 14. Februar, 22. März, 19. September, 10. Oktober, 29. November) statt. Zudem fanden im Wirtschaftsjahr 2012 vier Sitzungen des Stadtrats am 14. März, 6. Juni, 7. November und am 12. Dezember 2012, in welchen Sachverhalte, den Eigenbetrieb betreffend, behandelt wurden, statt. Sämtliche Protokolle der Sitzungen der Organe haben uns vorgelegen.

Der von uns geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011, der einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk trägt, wurde vom Stadtrat am 7. November 2012 festgestellt. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht lagen gemäß § 19 Abs. 5 EigBG LSA in der Zeit vom 7. Januar 2013 bis zum 15. Januar 2013 zur Einsichtnahme im Büro der Verwaltungsdirektion des Eigenbetriebs öffentlich aus.

Der Stadtrat beschloss, den Jahresüberschuss von EUR 1.468,35 in voller Höhe in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Der Betriebsleitung wurde für das Wirtschaftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Krankenhausplan

Das Krankenhaus ist in den Krankenhausplan ab dem Jahr 2008 des Landes Sachsen-Anhalt gemäß Feststellungsbescheid vom 8. Juli 2008 als Krankenhaus der überregionalen Versorgung aufgenommen.

Im Krankenhausplan des Landes Sachsen-Anhalt werden keine Planbetten ausgewiesen. Es werden jedoch Rahmenvorgaben für Versorgungs- und Qualitätsziele der Krankenhäuser vorgegeben. Im Feststellungsbescheid zur Aufnahme in den Krankenhausplan werden Gebiete, Zentren, Planungsschwerpunkte und Ausbildungsstätten ausgewiesen.

Dem Krankenhaus wurden im Rahmen des am 8. Juli 2008 beschlossenen Krankenhausplans für die Jahre ab 2008 folgende Planungsschwerpunkte zugewiesen:

- Gefäßchirurgie
- Visceralchirurgie
- Orthopädie/Unfallchirurgie
- Gastroenterologie
- Hämatologie und Onkologie
- Kardiologie

– Nephrologie

– Pneumologie

Entgeltvereinbarung mit den Kostenträgern

Die Vertragsparteien haben am 19. Juli/13. August 2012 eine Entgeltvereinbarung für das Jahr 2012 abgeschlossen. Die Genehmigung der Vereinbarung über das Budget und die neuen Entgelte für 2012 wurde durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg, am 22. August 2012/30. Januar 2013 erteilt.

Folgende erlösrelevante Bestandteile weist die Vereinbarung 2012 gegenüber der Vorjahres-vereinbarung aus:

		2012 EUR	2011 EUR
DRG-Erlösbudget		90.356.253	85.366.206
Erlöse aus Zusatzentgelten		2.231.408	2.022.467
Erlöse Entgelte § 6 Abs. 1 KHEntgG		267.963	233.770
Zu-/Abschläge			
Pflegezuschlag		0	887.701
Abschlag für Mehrleistungen		-865.597	0
Telematikzuschlag		0	18.270
Ausbildungsbudget (ohne Ausgleiche)		1.202.513	1.097.591
Summe vereinbarte Erlösbestandteile		93.192.540	89.626.005
Budgetveränderung gegenüber Vorjahr	in EUR	+3.566.535	
	in %	+3,98	

Die Budgetveränderung zum Vorjahr setzt sich wie folgt zusammen:

	EUR
DRG-Preisänderungen	1.284.129
DRG-Mengenänderungen	1.952.620
Veränderung Zusatzentgelte (E2)	208.941
Veränderung Entgelte § 6 Abs. 1 KHEntgG	34.193
Veränderung Zuschlag für Telematik	-18.270
Veränderung Ausbildungsbudget	104.922
	3.566.535

Die DRG-Preisänderungen berücksichtigen saldiert den Anstieg des Landesbasisfallwertes im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von TEUR 2.172 abzüglich des Wegfalls des Zuschlags für

Pflegemehrpersonal nach § 4 Abs. 10 KHEntgG (TEUR 888) aufgrund dessen Einpreisung in den Landesbasisfallwert.

Die DRG-Mengenänderungen berücksichtigen saldiert den Anstieg der Bewertungsrelationen zum Vorjahr (TEUR 2.818) abzüglich des vereinbarten Abschlags für Mehrleistungen (TEUR 865).

Altenpflegeheim „Am Georgengarten“

Das Altenpflegeheim verfügt über 82 Pflegeplätze und erbringt im stationären Bereich Leistungen gemäß § 43 SGB XI (Pflegestufen I bis III und Härtefälle) sowie zusätzliche Betreuungsleistungen i. S. d. § 45b SGB XI.

Mit den Kostenträgern wurden Vergütungs- bzw. Preisvereinbarungen für Leistungen gemäß § 68 Abs. 1 Satz 2 BSHG und die Durchführung vollstationärer Pflegeleistungen vereinbart. Für das Wirtschaftsjahr 2012 galten folgende Preise pro Pflegetag gemäß Preisvereinbarung:

Vereinbarungszeitraum	2012 EUR
Pflegestufe I	42,39
Pflegestufe II	56,36
Pflegestufe III	63,80
„Härtefälle“	73,00
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	16,52
Investitionskosten	2,01

Personal

Die Vergütung der Arbeitnehmer erfolgt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für den Dienstleistungsbereich Krankenhäuser im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände bzw. nach dem Tarifvertrag für Ärzte und Ärztinnen an kommunalen Krankenhäusern im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände.

Vertragliche Grundlagen

Im Folgenden werden die wesentlichen Verträge des Städtischen Klinikums Dessau — Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, aufgeführt:

- Das SKD ist gemäß Ministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt Nr. 10/1993 vom 25. Februar 1993 als Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt anerkannt. Der Vertrag ist ab 1. Januar 1994 in Kraft getreten.
- Es besteht ein Kooperationsvertrag mit den Ärzten DM Theunert und Dr. med. Saile über die Erbringung von ambulanten Dialyseleistungen sowie nephrologischer Leistungen bei stationären Patienten des Klinikums. Die Ärzte betreiben seit dem 1. März 1999 eine nephro-

logische Gemeinschaftspraxis in vom Klinikum angemieteten Räumen. Das Klinikum erbringt für die ambulanten Dialyseleistungen alle nichtärztlichen Leistungen. Die Vergütung erfolgt über eine umsatzabhängige Pauschale, welche die Ärzte an das Klinikum leisten. Erbrachte Leistungen für stationäre Patienten werden von den Ärzten dem Klinikum gesondert berechnet.

- Mit dem MVZ wurde am 8. Juli 2006 ein Vertrag über die Durchführung von ambulanten Leistungen durch das MVZ auf dem Gelände des Eigenbetriebs geschlossen. Die Vergütung wurde am 8. Juli 2006 in einer gesonderten Vergütungsvereinbarung geregelt. Nach dieser erstattet das MVZ dem Klinikum mindestens die durch ihre aus der ambulanten Tätigkeit dem Krankenhaus entstehenden Kosten. Die Kostenerstattung kann pauschaliert werden. Besondere Vereinbarungen über eine pauschale Kostenerstattung wurden in den Bereichen Strahlentherapie, Labor und Radiologie geschlossen. Die vorgenannten Pauschalierungen sind so bemessen, dass auch allgemeine Verwaltungskosten des Klinikums abgedeckt sind.
- Am 3. Januar 2008 wurde des Weiteren eine gesonderte Vereinbarung zur Kostenerstattung für die Nutzung von Strahleneinrichtungen des Klinikums und des dort tätigen nicht-ärztlichen Personals zwischen dem MVZ und dem Klinikum geschlossen. Gemäß dieser Vereinbarung erstattet das MVZ dem Klinikum für die aus der Nutzung von Räumen, Einrichtungen und Geräten der Strahlentherapie entstehenden Kosten, die Personalkosten sowie für die sonstigen Sachkosten 70 % der Bruttoerlöse aus Bestrahlungsleistungen.
- Im Dezember 2008 wurde zwischen dem Klinikum und dem MVZ eine Vereinbarung über die Kostenerstattung für die Nutzung der Laboreinrichtung des Klinikums und des dort tätigen nichtärztlichen Personals durch das MVZ geschlossen. In dieser wurde geregelt, dass das MVZ dem Klinikum für die Kosten der Nutzung von Räumen, Einrichtung und Geräten, für die sonstigen Sachkosten sowie die Personalkosten 70 % der Bruttoerlöse aus allen Laborleistungen erstattet.
- Seit dem 1. Januar 2009 erbringt das MVZ die Gebäude- und Fensterreinigungsleistungen für das Klinikum und das Altenpflegeheim „Am Georgengarten“. Im Gegenzug erbringt das Klinikum für das MVZ die Abrechnung von Löhnen und Gehältern, die Materialwirtschaft, die Finanzbuchhaltung und das Rechnungswesen. Das Klinikum erstattet dem MVZ alle aus den Reinigungsleistungen entstehenden Kosten und ist seinerseits dazu berechtigt, eine Verwaltungskostenumlage zu erheben. Der Vertrag wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Quartalsende gekündigt werden. Nach einer fünfjährigen Vertragsdauer verlängert sich die Kündigungsfrist auf zwölf Monate.
- Der Eigenbetrieb hat die 1. Etage des Hauses 9 des SKD ab dem 1. Juli 2007 an das MVZ vermietet. Der diesbezügliche Mietvertrag endet am 31. Dezember 2028 mit einer fünfmaligen Option auf dreijährige Verlängerung. Die Erklärung über die Ausübung des Optionsrechts muss dem Klinikum spätestens sechs Monate vor Ablauf der Grundmietzeit schriftlich zugegangen sein. Der Vertrag verlängert sich nach dem 31. Dezember 2028 bei Nichtausübung der Verlängerungsoption jeweils um ein Jahr, wenn er nicht mit einer Frist von sechs Monaten zum Quartalsende gekündigt wird.

– Seit dem 1. Januar 2012 erbringt das MVZ Bewachungsdienstleistungen für das Klinikum. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zwei Jahren und kann mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf des Vertragsjahres gekündigt werden. Wird der Vertrag nicht gekündigt, verlängert er sich jeweils um ein weiteres Jahr.

Steuerliche Verhältnisse

Gemäß Betriebssatzung und der tatsächlichen Geschäftsführung verfolgt der Eigenbetrieb ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 bis 68 AO und ist insoweit von der Körperschaftsteuer (§ 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG), der Gewerbesteuer (§ 3 Nr. 6 GewStG), der Umsatzsteuer (§ 4 Nr. 16 bzw. 14 UStG) und der Grundsteuer (§ 3 Abs. 1 Nr. 3b GrStG) befreit.

Die Umsatzsteuerbefreiung der Krankenhausumsätze hat zur Folge, dass gemäß § 15 Abs. 2 UStG die dem Eigenbetrieb in Rechnung gestellte Umsatzsteuer (Vorsteuer) nicht abzugsfähig ist und somit einen Bestandteil der Anschaffungskosten bildet.

Soweit wirtschaftliche Geschäftsbetriebe betrieben werden, erfolgt eine partielle Besteuerung.

Die letzte steuerliche Betriebsprüfung betraf die Veranlagungszeiträume 2003 bis 2006 für die Steuerarten Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer und wurde durch das Finanzamt Dessau-Roßlau im Jahr 2009 durchgeführt.

Mit Prüfungsanordnung vom 5. April 2012 hat das Finanzamt eine Außenprüfung für die Steuerarten Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer betreffend die Veranlagungszeiträume 2007 bis 2010 angekündigt. Zum Zeitpunkt unserer Prüfung lagen noch keine Prüfungsergebnisse vor.

Der Eigenbetrieb ist umsatzsteuerlicher Organträger für die Medizinisches Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gemeinnützige GmbH, Dessau-Roßlau.

Analysierende Darstellungen

Kennzahlen mit 4-Jahresübersicht

Zu den Leistungs- und Budgetdaten sowie der Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir wesentliche betriebswirtschaftliche Kennzahlen und ausgewählte Eckdaten nachfolgend im Überblick dargestellt:

Wirtschaftsjahr		2012	2011	2010	2009
Leistungs- und Budgetdaten					
Aufgestellte Betten		697	675	675	678
Gesamtfallzahl (stationäre Fälle)		31.742	30.274	29.953	29.469
Behandlungstage		197.468	193.986	198.010	202.719
Verweildauer		6,2	6,4	6,6	6,9
DRG-Fälle (einschl. Überlieger)					
vereinbart	Anzahl	29.029	28.423	27.885	27.624
erzielt	Anzahl	29.855	28.686	28.612	28.259
DRG-Fälle (ohne Überlieger)					
vereinbart	Anzahl	28.768	28.141	27.573	27.334
erzielt	Anzahl	29.586	28.408	28.298	27.970
Summe der Bewertungsrelationen (Case-Mix, einschl. Überlieger)					
vereinbart		30.500,001	29.548,704	30.058,677	29.570,485
erzielt		30.314,558	29.147,714	29.408,070	29.843,614
Summe der Bewertungsrelationen (Case-Mix, ohne Überlieger)					
vereinbart		29.833,469	28.738,418	29.033,147	28.772,002
erzielt		29.448,146	28.338,429	28.363,661	29.044,039
Case-Mix-Index (CMI, einschl. Überlieger)					
vereinbart		1,051	1,040	1,078	1,070
erzielt		1,015	1,016	1,030	1,056
Case-Mix-Index (CMI, ohne Überlieger)					
vereinbart		1,037	1,021	1,053	1,053
erzielt		0,995	0,998	1,002	1,038
Landesbasisfallwert	EUR	2.962,50	2.889,00	2.884,00	2.812,72
Abschlag für Konvergenzverlängerung	EUR	-	-	-	10,55
Vereinbartes DRG-Budget (ohne Ausgleiche)	TEUR	90.356	85.366	86.689	83.173
Vereinbarte Entgelte nach § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KHEntgG	TEUR	2.231	2.023	2.305	2.064
Erlösbudget nach § 4 Abs. 1 Satz 1 KHEntgG	TEUR	92.587	87.389	88.994	85.237
Vereinbarte Entgelte nach § 6 Abs. 1 KHEntgG	TEUR	268	234	291	313
Pflegezuschlag nach § 4 Abs. 10 KHEntgG vereinbart (ohne Ausgleiche)	TEUR	0	888	355	355
Separat vereinbartes Ausbildungsbudget (ohne Ausgleiche)	TEUR	1.203	1.098	1.086	1.070
Separat vereinbartes Budget für Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen	TEUR	-	-	-	1.092
Vereinbartes Gesamtbudget nach KHEntgG (ohne Ausgleiche)	TEUR	93.193	89.626	90.726	87.518
Fälle ambulantes Operieren	Anzahl	5.315	5.585	5.701	5.860
Erzielte Erlöse ambulantes Operieren	TEUR	2.350	2.527	2.576	2.649
Krankenpflegeschule-Plätze	Anzahl	100	120	120	120
Krankenpflegeschüler Eigenbetrieb	Anzahl	61	63	65	63

[1] zur Definition der Kennzahlen vgl. Anlage V

Wirtschaftsjahr		2012	2011	2010	2009
Kennzahlen zur Ertragslage					
Jahresergebnis	TEUR	96	1	28	2.035
Betriebsergebnis	TEUR	2.423	1.877	2.335	6.468
Investitionsergebnis	TEUR	-2.215	-1.817	-2.543	-2.553
Finanzergebnis	TEUR	-112	-59	-28	232
Umsatzerlöse	TEUR	111.939	105.691	104.267	103.625
Umsatzentwicklung[1]	%	5,9	1,4	0,6	5,3
Umsatzrentabilität[1]	%	0,1	0,0	0,0	2,0
Personalaufwand gesamt	TEUR	74.673	72.535	69.598	69.193
Personalaufwandsentwicklung[1]	%	2,9	4,2	0,6	4,8
Personalaufwandsquote[1]	%	66,7	68,6	66,7	66,8
Personalaufwand einschließlich Aufwendungen Honorarärzte	TEUR	77.144	74.319	71.424	70.463
Personalaufwandsquote einschließlich Honorarärzte	%	68,9	70,3	68,5	68,0
Durchschnittlicher Personalaufwand je Vollkraft[1]	TEUR	57	56	54	54
Erlöse aus Krankenhausleistungen (ohne Pflegeleistungen)	TEUR	94.470	89.537	89.318	88.955
Erlöse aus Krankenhausleistungen je Gesamtfallzahl[2]	EUR	2.976	2.958	3.058	3.094
Personalaufwand je Fall	EUR	2.501,19	2.528,59	2.432,48	2.391,91
Personalaufwand : Case-Mix	EUR	2.535,75	2.559,60	2.453,78	2.318,52
Durchschnittliche Zahl der Vollkräfte[1]	VK	1.319	1.300	1.285	1.278
Vollkräfte Ärztlicher Dienst	VK	217	212	205	201
Vollkräfte Pflegedienst	VK	436	437	435	434
Produktivität je Vollkraft[1]	TEUR	85	81	81	81
Vollkräfte je 1.000 stationäre Fälle[1]	VK	42	43	43	44
Vollkräfte Ärztlicher Dienst je 1.000 stationäre Fälle	VK	7	7	7	7
Vollkräfte im Pflegedienst je 1.000 stationäre Fälle	VK	14	14	15	15
durchschnittlicher Personaleinsatz (Stunden je Fall)[1]					
Ärztlicher Dienst		12,3	12,6	12,9	12,6
Pflegedienst		23,9	25,0	26,3	26,3
Materialaufwand	TEUR	30.631	28.692	27.645	26.318
Materialaufwandsentwicklung[1]	%	6,8	3,8	5,0	9,1
Materialaufwandsquote[1]	%	27,4	27,1	26,5	25,4
Medizinischer Bedarf je Fall	EUR	712,43	689,96	688,18	651,79
Medizinischer Bedarf : Case-Mix[1]	EUR	767,94	737,09	694,21	631,79
Bilanzstichtag		31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Kennzahlen zur Vermögenslage					
Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen)	TEUR	90.857	95.348	96.116	99.050
Rückstellungen	TEUR	14.778	14.669	14.589	15.448
Deckungsgrad des Anlagevermögens[1]	%	102,1	102,1	106,0	109,4
Eigenkapital	TEUR	26.725	26.629	26.628	27.873
Eigenkapitalquote[1]	%	80,7	81,4	79,7	81,6
Eigenkapitalrentabilität[1]	%	0,4	0,0	0,1	7,3
Wirtschaftsjahr		2012	2011	2010	2009
Kennzahlen zur Finanzlage (Liquiditätslage)					
Finanzmittelfonds	TEUR	3.131	6.070	12.283	15.093
durchschnittlicher Finanzbedarf je Monat[1]	TEUR	9.429	9.123	8.850	8.743
Kapitalbindung Vorräte (medizinischer Bedarf)[1]	Tage	12,6	12,2	13,5	14,5
Kapitalbindung Leistungsforderungen[1]	Tage	50,6	42,4	42,9	43,1
Mittelzufluss/-abfluss					
aus laufender Geschäftstätigkeit	TEUR	992	1.776	835	2.014
aus Investitionstätigkeit	TEUR	-3.931	-6.711	-3.645	-3.221
aus Finanzierungstätigkeit	TEUR	0	-1.278	0	0
Fremdkapitalquote					
mit Rückstellungen	%	19,3	18,6	20,3	18,4
ohne Rückstellungen	%	6,5	6,4	8,9	6,7

[1] zur Definition der Kennzahlen vgl. Anlage V

[2] Gesamtfallzahl = stationäre Fälle

Ertragslage

Wir haben die Gewinn- und Verlustrechnung des Wirtschaftsjahres und des Vorjahres entsprechend den Vorgaben der dualen Krankenhausfinanzierung (§ 4 KHG) in ein Betriebsergebnis und ein Investitionsergebnis aufgeteilt. Darüber hinaus haben wir die Zinserträge und Zinsaufwendungen in einem Finanzergebnis dargestellt.

	2012		2011		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Erlöse aus Krankenhausleistungen/Pflegeleistungen	96.696	83,4	91.775	82,3	4.921	5,4
Erlöse aus Wahlleistungen	215	0,2	94	0,1	121	>100,0
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	10.854	9,4	9.827	8,8	1.027	10,5
Nutzungsentgelte der Ärzte	4.174	3,6	3.995	3,6	179	4,5
Bestandsveränderungen	-135	-0,1	172	0,2	-307	<-100,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	102	0,1	65	0,0	37	56,9
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	699	0,6	652	0,6	47	7,2
Sonstige betriebliche Erträge	3.388	2,9	4.888	4,4	-1.500	-30,7
Betriebliche Erträge	115.993	100,0	111.468	100,0	4.525	4,1
Personalaufwand	74.673	64,4	72.535	65,1	2.138	2,9
Materialaufwand	30.631	26,4	28.692	25,7	1.939	6,8
Instandhaltung	3.732	3,2	4.063	3,6	-331	-8,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.111	3,5	4.188	3,8	-77	-1,8
Steuern	423	0,4	113	0,1	310	>100,0
Betriebliche Aufwendungen	113.570	97,9	109.591	98,3	3.979	3,6
Betriebsergebnis	2.423	2,1	1.877	1,7	546	29,1
Erträge aus der Abwicklung von Investitionen	7.607	6,6	8.236	7,4	-629	-7,6
Aufwendungen aus der Abwicklung von Investitionen	1.177	1,0	1.430	1,3	-253	-17,7
Abschreibungen	8.645	7,5	8.623	7,7	22	0,3
Investitionsergebnis	-2.215	-1,9	-1.817	-1,6	-398	-21,9
Finanzergebnis	-112	-0,1	-59	-0,1	-53	-89,8
Jahresüberschuss	96	0,1	1	0,0	95	>100,0

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2012 wird durch einen Anstieg des Betriebsergebnisses in Höhe von TEUR 546 beeinflusst. Gegenläufig wirkte sich die Verringerung des Investitionsergebnisses um TEUR 398 und des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR 53 aus.

Die Erhöhung der betrieblichen Erträge um TEUR 4.525 (4,1 %) ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen und Pflegeleistungen (+ TEUR 4.921) sowie der ambulanten Leistungen (+ TEUR 1.027) zurückzuführen. Gegenläufig wirkte sich insbesondere der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge (./. TEUR 1.500) auf die betrieblichen Erträge aus.

Wesentlicher Bestandteil der Umsatzerlöse von TEUR 111.939 bilden die Erlöse aus Krankenhausleistungen (TEUR 96.696) und die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses (TEUR 10.854). Zur Zusammensetzung der Erlöse aus Krankenhausleistungen und aus ambulanten Leistungen verweisen wir auf den Erläuterungsteil zu diesem Bericht.

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurde mit den Kostenträgern ein Leistungsumfang von 30.500,001 Bewertungsrelationen inklusive Überlieger (2011: 29.548,704 BWR) vereinbart. Die tatsächlich erbrachte Leistung lag mit 30.314,558 Bewertungsrelationen inklusive Überlieger (2011: 29.147,714 BWR) geringfügig unterhalb der vereinbarten Mengen. Aus den im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2011 höher vereinbarten Leistungen resultiert ein Anstieg des DRG-Erlösbudgets in Höhe von rd. EUR 1,9 Mio. Darin berücksichtigt wurde die Vereinbarung eines Mehrleistungsabschlages in Höhe von TEUR 866. Positiv wirkte sich zudem der Anstieg des Landesbasisfallwertes ohne Ausgleiche von EUR 2.899,50 auf EUR 2.965,00 in 2012 auf das Erlösbudget aus. Die Preisänderungen (EUR 1,3 Mio.) beinhalten zudem die Berücksichtigung des Wegfalls des Zuschlages für Pflegemehrpersonal nach § 4 Abs. 10 KHEntgG (TEUR 888) und dessen Einpreisung in den Landesbasisfallwert.

Die Erhöhung der Erlöse aus Krankenhausleistungen/Pflegeleistungen um TEUR 4.921 beruht vor allem auf Leistungssteigerungen (+ 1.166,844 BWR) im Ist zum Vorjahr und höheren abgerechneten DRG-Entgelten und Zusatzentgelten (TEUR 295 -E2; E3.2; E3.3. NUB).

Des Weiteren wirken sich folgende Sachverhalte auf die Erlöse aus Krankenhausleistungen aus:

- Bilanzierung von Ausgleichsforderungen für Vorjahre (2008 und 2009) in Höhe von TEUR 614
- Bilanzierung der Ausgleichsbeträge für das Wirtschaftsjahr (+ TEUR 152)
- Anstieg der Erlöse für Ausbildungsstätten (+ TEUR 151)
- Zuführung zur Rückstellung für MDK-Risiken (- TEUR 251)

Zur Entwicklung der Erlöse aus Krankenhausleistungen sowie der Ausgleichsforderungen und -verbindlichkeiten des Wirtschaftsjahres 2012 verweisen wir auf unsere Ausführungen im Erläuterungsteil zu diesem Bericht.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen (TEUR 10.854) sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.027 angestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Erträgen aus Arzneimittelverkäufen in Form von Zytostatika (+ TEUR 604), höheren Kostenerstattungen für das MVZ (+ TEUR 258) und dem Anstieg der sonstigen Erlöse.

Die Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen um TEUR 307 im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2011 beruht im Wesentlichen auf dem Rückgang der Anzahl der Überlieger und des Schweregrades der behandelten Patienten. Gegenläufig wirkte sich der Anstieg des Landesbasisfallwertes in Form eines Preisanstieges auf die Höhe der unfertigen Leistungen aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.500 auf TEUR 3.388 vermindert. Ursache dafür bilden geringere Erträge aus Kostenerstattungen (TEUR 675) aufgrund der Kündigung eines Vertrags, geringere periodenfremde Erträge (TEUR 646) sowie geringere Erträge aus Drittmittelprojekten (TEUR 154).

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von insgesamt TEUR 115.993 stehen betriebliche Aufwendungen von TEUR 113.570 gegenüber, wodurch im Berichtsjahr ein positives Betriebsergebnis von TEUR 2.423 (2011: TEUR 1.877) erzielt wurde.

Mit anteilig 64,4 % bzw. 26,4 % im Verhältnis zur Gesamtleistung beeinflussen die Personalaufwendungen und der Materialaufwand die betrieblichen Aufwendungen am nachhaltigsten.

Die Zusammensetzung der Personalkosten nach Dienstarten lässt sich folgender Tabelle entnehmen:

	2012			2011			Veränderung	
	Gesamt TEUR	Vollkräfte (VK) Anzahl	Durchschnittl. Personalkosten je VK TEUR	Gesamt TEUR	Vollkräfte (VK) Anzahl	Durchschnittl. Personalkosten je VK TEUR	Gesamt TEUR	Vollkräfte (VK) Anzahl
Ärztlicher Dienst	21.108	217,3	97	20.201	211,6	95	907	5,7
Pflegedienst	22.208	435,7	51	21.750	436,5	50	458	-0,8
Medizinisch-technischer Dienst	9.420	187,4	50	9.183	184,0	50	237	3,4
Funktionsdienst	8.832	179,0	49	8.320	168,8	49	512	10,2
Klinisches Hauspersonal	1.602	56,0	29	1.559	56,9	27	43	-0,9
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	3.575	88,3	40	3.497	82,5	42	78	5,8
Technischer Dienst	1.960	41,2	48	1.923	41,7	46	37	-0,5
Verwaltungsdienst	4.422	91,6	48	4.579	94,8	48	-157	-3,2
Sonderdienst	794	16,1	49	761	15,8	48	33	0,3
Personal der Ausbildungsstätten	377	6,4	59	337	6,2	54	40	0,2
Sonstiges Personal	0		-	49	1,3	38	-49	-1,3
Nicht zurechenbare Personalkosten	375			376			-1	-
Gesamt	74.673	1.319,0	57	72.535	1.300,1	56	2.138	18,9

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2011 sowohl infolge tariflicher Entwicklungen als auch aufgrund der Erhöhung der Anzahl an Vollkräften um 18,9 VK um TEUR 2.138 angestiegen.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2012 erfolgte die tarifliche Erhöhung der Tabellenentgelte um 2,9 % für die Ärzte im Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Kliniken im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TV-Ärzte/VKA). Zudem wirkte sich aufwandserhöhend die tarifliche Erhöhung der Tabellenentgelte des TVöD um 3,5 % ab dem 1. März 2012 aus.

Die Materialaufwendungen haben sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr wie folgt entwickelt:

	2012 TEUR	2011 TEUR	Veränderung TEUR	 %
Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
Lebensmittel	1.366	1.379	-13	-0,9
Medizinischer Bedarf	19.484	18.482	1.002	5,4
Wasser, Energie, Brennstoffe	3.454	3.419	35	1,0
Wirtschaftsbedarf	525	438	87	19,9
	24.829	23.718	1.111	4,7
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
Medizinischer Bedarf	3.173	2.406	767	31,9
Wirtschaftsbedarf	2.629	2.568	61	2,4
	5.802	4.974	828	16,6
	30.631	28.692	1.939	6,8

Die Zunahme der Materialaufwendungen um insgesamt TEUR 1.939 zum Vorjahr ist im Wesentlichen durch die um TEUR 1.002 gestiegenen Aufwendungen des medizinischen Bedarfs sowie des Wirtschaftsbedarfs (+ TEUR 87) beeinflusst. Des Weiteren sind die Aufwendungen für bezogene Leistungen sowohl für den medizinischen Bedarf und als auch für den Wirtschaftsbedarf im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt TEUR 828 gestiegen.

Der Anstieg der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe des medizinischen Bedarfs ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Aufwendungen für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel (+ TEUR 198) im onkologischen und neurologischen Bereich sowie der Aufwendungen für Blut, Blutkonserven und Blutplasma (+ TEUR 125) durch die Verbrauchserhöhung zurückzuführen. Neben der Aufwandserhöhung im Bereich der Implantate (+ TEUR 56) aufgrund der Zunahme der Operationen für Hüft- und Kniegelenke, sind auch die Aufwendungen für Narkose- und sonstigen OP-Bedarf (+ TEUR 314) sowie für ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial und Instrumente (+ TEUR 167) gestiegen. Der Anstieg des ärztlichen und pflegerischen Verbrauchsmaterials resultiert im Wesentlichen aus der neuen Therapieform der extrakorporalen Photopherese im Bereich der Dermatologie sowie aus der Zunahme des Verbrauchs für Verbrauchsmaterialien und Instrumente. Die Erhöhung der Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (+ TEUR 35) betreffen die Aufwendungen für Fernwärme und Gas auf Grund von Preiserhöhungen (+ TEUR 43).

Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen des medizinischen Bedarfs um + TEUR 767 gegenüber dem vorangegangenen Wirtschaftsjahr ist im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für Honorare der nicht im Krankenhaus angestellten Ärzte (+ TEUR 685) zurückzuführen. Grund hierfür ist die schwierige Personalsituation im ärztlichen Dienst im Bereich der

Radiologie und der Anästhesie, welche dazu führt, dass Vertretungen durch externe Ärzte übernommen werden.

Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen des Wirtschaftsbedarfs (+ TEUR 61) ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen für Fremdreinigung (+ TEUR 116) und Wäschereinigung (+ TEUR 17) zurückzuführen. Die Fremdreinigung wird seit dem 1. Januar 2009 durch das Medizinische Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gemeinnützige GmbH, Dessau-Roßlau, erbracht. Gegenläufig wirken sich die gesunkenen Aufwendungen für die Bewachung des Gebäudes (./. TEUR 67) und die Aufwendungen für die Pflege der Garten- und Parkanlagen (./. TEUR 10) aus.

Der Rückgang der Aufwendungen für Instandhaltung um TEUR 331 resultiert in Höhe von TEUR 261 aus geringeren Instandhaltungskosten im Bereich der betriebstechnischen Anlagen sowie der Medizintechnik, da bestimmte Geräte des Bereiches Anästhesie nur jedes zweite Jahr gewartet werden sowie aufgrund des im Wirtschaftsjahr 2012 begonnenen Wartungsrhythmus von in Vorjahren im Bereich MRT und PAT/CT angeschafften Geräten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne Instandhaltungsaufwendungen) sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 77 zurückgegangen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Rechts- und Beratungskosten (TEUR 113), der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (TEUR 42) sowie dem Rückgang der Forderungsverluste (TEUR 44). Gegenläufig wirkten sich die gestiegenen Aufwendungen für TÜV und Überwachungsgebühren (+ TEUR 33) sowie die Aufwendungen für Personalbeschaffung (+ TEUR 120) auf die sonstigen betrieblichen Aufwendungen aus.

Der Anstieg der Steuern um TEUR 310 gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die höheren steuerlichen Ergebnisse aus den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben des Krankenhauses zurückzuführen.

Die Höhe der Abschreibungen ist um TEUR 22 auf TEUR 8.645 angestiegen, da die Fertigstellung des Umbaus einer Kinderstation zu einer Normalstation im Frühjahr 2012 und die Umsetzung des Zytostatika-Herstellungsbereichs zum 1. April 2012 realisiert wurden.

Die Erträge aus der Abwicklung von Investitionen beinhalten Erträge aufgrund einer Umfinanzierung in Höhe von TEUR 636.

Das Finanzergebnis ist im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2011 um TEUR 53 rückläufig. Der Rückgang steht im Zusammenhang mit Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Vermögenslage

Nachfolgend erläutern wir den Vermögens- und Kapitalaufbau des Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zum 31. Dezember 2012 anhand zusammengefasster Bilanzzahlen.

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	280	0,6	358	0,7	-78	-21,8
Sachanlagen	90.577	187,8	94.990	197,1	-4.413	-4,6
Finanzanlagen	55	0,1	55	0,1	0	0,0
Sonderposten	66.003	136,9	70.721	146,7	-4.718	-6,7
Anlagevermögen abzüglich Sonderposten	24.909	51,6	24.682	51,2	227	0,9
Vorräte	2.398	5,0	2.436	5,1	-38	-1,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.629	32,4	12.275	25,5	3.354	27,3
Übrige Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	2.076	4,3	2.665	5,5	-589	-22,1
Flüssige Mittel	3.131	6,5	6.070	12,6	-2.939	-48,4
Umlaufvermögen	23.234	48,2	23.446	48,7	-212	-0,9
Rechnungsabgrenzungsposten	76	0,2	64	0,1	12	18,8
Betriebsvermögen	48.219	100,0	48.192	100,0	27	0,1
Eigenkapital	26.725	55,4	26.629	55,3	96	0,4
Ausgleichsposten	751	1,5	752	1,6	-1	-0,1
Eigenkapital abzüglich Ausgleichsposten	25.974	53,9	25.877	53,7	97	0,4
Rückstellungen	14.778	30,6	14.669	30,4	109	0,7
Verbindlichkeiten	7.466	15,5	7.644	15,9	-178	-2,3
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,0	2	0,0	-1	-50,0
Betriebskapital	48.219	100,0	48.192	100,0	27	0,1

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 4.491 verringert. Ursächlich für diese Entwicklung sind Abschreibungen in Höhe von TEUR 8.645, welche die Investitionen des Wirtschaftsjahres von TEUR 4.173 übersteigen. Daneben sind Abgänge in Höhe von TEUR 19 zu verzeichnen.

Wesentliche Investitionen und Umbuchungen des Berichtsjahres waren die Investitionen in Verbindung mit der Fertigstellung des Umbaus einer Kinderstation in eine Normalstation sowie des Zytostatika-Herstellungsbereichs in Betriebsbauten (TEUR 2.123), technische Anlagen (TEUR 803) und Einrichtungen und Ausstattungen (TEUR 1.947).

Das Anlagevermögen inklusive Finanzanlagen nach Finanzierungsarten hat sich im Wirtschaftsjahr 2012 wie folgt entwickelt:

Finanzierungsart	Stand 1.1.2012 EUR	Zugang EUR	Umfinan-zierung EUR	Abgang EUR	Abschrei-bung EUR	Stand 31.12.2012 EUR
gefördert nach § 9 Abs. 1 KHG einschließlich Förderung nach Art. 14 GSG	62.204.573,00	36.155,09	0,00	6,00	4.314.360,00	57.926.362,09
gefördert nach § 9 Abs. 3 KHG	4.759.154,48	1.176.950,00	0,00	199,84	1.449.703,73	4.486.200,91
gefördert (AfA-Anteile) analog § 9 Abs. 1 KHG	0,00	0,00	635.888,84	0,00	635.881,84	7,00
gefördert durch Zuschüsse der öffentlichen Hand	3.756.624,20	0,00	0,00	0,00	166.329,00	3.590.295,20
finanziert durch Spenden und Zuwendungen Dritter	911,12	0,00	0,00	1,00	173,00	737,12
finanziert aus Pflegesatz bzw. Eigenmitteln	24.682.135,91	2.960.276,95	-635.888,84	18.908,57	2.078.979,10	24.908.636,35
	95.403.398,71	4.173.382,04	0,00	19.115,41	8.645.426,67	90.912.238,67

Die Entwicklung der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens betrifft Umbuchungen aus der zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln (TEUR 1.213) und einer Umfinanzierung (TEUR 636) sowie die Auflösung in Höhe der planmäßigen Abschreibungen (TEUR 6.567).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen mit TEUR 3.354 über dem Saldo des Vorjahres. Dies ergibt sich aufgrund der Leistungssteigerungen und des Anstiegs des Landesbasisfallwertes in der Abrechnung von stationären Leistungen (TEUR 1.882). Zudem ist ein Anstieg der Forderungen im Bereich der Abrechnung von ambulanten Leistungen zu verzeichnen. Ursache dafür bildet eine Ausweiskorrektur von Forderungen aus ambulanten Leistungen im Wirtschaftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr. In den Vorjahren wurden diese Forderungen unter dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen.

Korrespondierend ist im Bereich der sonstigen Forderungen im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um TEUR 1.161 zu verzeichnen. Dieser resultiert im Wesentlichen aus der vorgenommenen Ausweiskorrektur in den Posten „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“.

Die Verminderung des Bestands an liquiden Mitteln (./. TEUR 2.939) steht im Zusammenhang mit den gestiegenen Personal- und Materialaufwendungen sowie mit der Finanzierung der eigenmittelfinanzierten Investitionen. Zur Entwicklung bzw. Veränderung des Finanzmittelfonds verweisen wir auf die Kapitalflussrechnung.

Die Veränderung des Eigenkapitals (+ TEUR 96) beruht ausschließlich auf dem Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2012 von TEUR 96.

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Ausführungen im Erläuterungsteil zu diesem Bericht.

Die zusätzliche Altersversorgung wird über die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen-Anhalt (KVSA) abgewickelt. Diese erhebt Umlagen (Sanierungsgelder) in Höhe von 1,5 %, um Versorgungszusagen aus Vorjahren, für die die KVSA keine ausreichenden Rücklagen gebildet hat, erfüllen zu können. Aus diesem Grund wurde zum 31. Dezember 2007 der voraussichtliche Gesamtbetrag der bis zur Ausfinanzierung dieser Versorgungslücke noch zu zahlenden Sanierungsgelder in Form einer Rückstellung für mittelbare Pensionsverpflichtungen in der Bilanz berücksichtigt. Hierbei wurde mit einer Ausfinanzierung der Rücklagen innerhalb von sechs Jahren gerechnet. Zugrunde gelegt wurde der 2007 gezahlte Sanierungsbetrag von ca. TEUR 820. Im Wirtschaftsjahr 2008 erfolgte eine Preisanpassung auf den gültigen Sanierungsbeitrag in Höhe von TEUR 860. Aufgrund neuer Informationen des KVSA wird die Ausfinanzierung der Versorgungslücke durch die aktuell vergleichsweise niedrigen Kapitalmarktzinsen einen längeren Zeitraum als sechs Jahre andauern. Aus diesem Grund wurde im Wirtschaftsjahr 2009 mit einer Amortisationsdauer von acht Jahren kalkuliert. Darüber hinaus erfolgte eine Preisanpassung an den Sanierungsbeitrag des Wirtschaftsjahres 2009 in Höhe von TEUR 909. In den Wirtschaftsjahren 2010 bis 2012 wurden weitere Preisanpassungen an den aktuellen Sanierungsbeitrag des jeweiligen Wirtschaftsjahres zuzüglich einer erwarteten Kostensteigerung von 2 % p. a. sowie eine Abzinsung der Rückstellung vorgenommen. Die Rückstellung beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 5.396.

Die Verbindlichkeiten verringerten sich im Vorjahresvergleich um TEUR 178. Der Rückgang entfällt hauptsächlich auf die Verbindlichkeiten nach dem KHG (./. TEUR 590). Gegenläufig entwickelten sich die sonstigen Verbindlichkeiten (+ TEUR 301).

Die Verminderung der Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht beruht vorwiegend auf der zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln im Zusammenhang mit einer vorgenommenen Umfinanzierung (./. TEUR 636).

Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten resultiert vorwiegend aus den Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer (+ TEUR 314) für den Monat Dezember 2012 aufgrund der gestiegenen Anzahl der Mitarbeiter sowie aus den Verbindlichkeiten aus den stationären Arztabrechnungen (+ TEUR 18). Gegenläufig wirkten sich die gesunkenen Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt aus (./. TEUR 20).

Finanzlage

Zur Darstellung von Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Entwicklung der finanziellen Lage während des abgelaufenen Wirtschaftsjahres haben wir die nachstehende komprimierte Fassung der Kapitalflussrechnung nach DRS 2 herangezogen.

	2012 TEUR	2011 TEUR
Jahresüberschuss	96	1
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	8.645	8.623
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	109	80
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-6.566	-7.462
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	8	4
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2.739	1.165
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.439	-635
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	**992**	**1.776**
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen (+)	1.040	2.127
Einzahlungen aus Anlagenabgängen (+)	11	8
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Fördermitteln	-809	-979
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-4.173	-7.867
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	**-3.931**	**-6.711**
Auszahlungen an Gesellschafterin Stadt Dessau-Rosslau (-) = **Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit**	**0**	**-1.278**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.939	-6.213
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	6.070	12.283
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**3.131**	**6.070**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR	Veränderung TEUR
Kasse	22	21	1
Guthaben bei Kreditinstituten	3.109	6.049	-2.940
	3.131	6.070	-2.939

Städtisches Klinikum Dessau — Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau

Definition der Kennzahlen

Bezeichnung der Kennzahl		Berechnung der Kennzahl
Gesamtfallzahl	=	abgerechnete Fälle -E 1- + abgerechnete Fälle -E 3.3- + abgerechnete Fälle ausländische Patienten + abgerechnete Fälle Integrierte Versorgung (Tumornetzwerk)
E 1	=	DRG-Fallpauschalen
E 2	=	bundeseinheitliche Zusatzengelte
E 3.1	=	fallbezogene Zusatzentgelte für nicht kalkulierte DRG
E 3.2	=	krankenhausindividuelle Zusatzentgelte
E 3.3	=	tagesbezogene Entgelte für nicht bewertete DRG
NUB	=	neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (krankenhausindividuell)
Pflegetage	=	Summe der Mitternachtsbestände der Belegung
Verweildauer	=	Pflegetage / Fallzahl
Case-Mix (CM)	=	Summe der mit den Relativgewichten gewichteten Fälle, auch Summe der Bewertungsrelationen genannt
Case-Mix-Index (CMI)	=	Summe der Bewertungsrelationen dividiert durch die Fallzahl, die der Summe der Bewertungsrelationen zugrunde liegt
Vereinbartes DRG-Budget (ohne Ausgleiche)	=	DRG-Erlösbudget + / ./. Ausgleiche für Vorjahre
Fälle ambulantes Operieren	=	abgerechnete OP-Eingriffe
Umsatzerlöse	=	Erlöse aus Krankenhausleistungen + Erlöse aus Pflegeleistungen + Erlöse aus Wahlleistungen + Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses + Nutzungsentgelte der Ärzte
Umsatzentwicklung	=	(Umsatzerlöse lfd. Jahr ./. Umsatzerlöse Vorjahr) x 100 / Umsatzerlöse Vorjahr
Personalaufwandsentwicklung	=	(Personalaufwand lfd. Jahr ./. Personalaufwand Vorjahr) x 100 / Personalaufwand Vorjahr

Bezeichnung der Kennzahl		Berechnung der Kennzahl
Vollkraft	=	Ein Mitarbeiter, der im Wirtschaftsjahr seine Regelarbeitsleistung das gesamte Jahr voll erbringt, zählt als eine Vollkraft (Teilzeit-beschäftigte und nicht das ganze Jahr Beschäftigte werden anteilig berücksichtigt).
Produktivität (je Vollkraft)	=	Umsatzerlöse / Vollkräfte
Vollkräfte je 1.000 stationäre Fälle	=	Durchschnittliche Zahl der Vollkräfte / Gesamtfallzahl (stationäre Fälle)*1000
durchschnittlicher Personaleinsatz (Stunden je Fall)	=	Arbeitstage pro Jahr x (1 - Ausfallzeit in %) x Std. pro AT X VK / Gesamtfallzahl (stationäre Fälle)
Personalaufwandsquote	=	Personalaufwand x 100 / Umsatzerlöse
Materialaufwandsentwicklung	=	(Materialaufwand lfd. Jahr ./. Materialaufwand Vorjahr) x 100 / Materialaufwand Vorjahr
Materialaufwandsquote	=	Materialaufwand x 100 / Umsatzerlöse
Deckungsgrad des Anlagevermögens	=	Eigenkapital + Sonderposten / Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen)
Umsatzrentabilität	=	Jahresergebnis x 100 / Umsatzerlöse
Eigenkapitalrentabilität	=	Jahresergebnis x 100 / Eigenkapital
Eigenkapitalquote	=	(Eigenkapital + Sonderposten) x 100 / Bilanzsumme
durchschnittlicher Finanzbedarf je Monat	=	Personalaufwand + Materialaufwand + sonstiger betrieblicher Aufwand / 12
Kapitalbindung Vorräte (medizinischer Bedarf)	=	Vorräte medizinischer Bedarf x Tage des Jahres / Aufwand medizinischer Bedarf (bezogen auf Vorräte einschließlich Stationsbestände)
Kapitalbindung Leistungsforderungen	=	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen x Tage des Jahres / Umsatzerlöse
Finanzmittelfonds	=	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten
Fremdkapitalquote	=	Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme
Gesamtleistung	=	Betriebliche Erträge ./. Zuschüsse der öffentlichen Hand
Personalintensität	=	Personalaufwand x 100 / Gesamtleistung
Materialintensität	=	Materialaufwand x 100 / Gesamtleistung

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

52001 KND
1/2002

Lizenziert für BDO, Vertrag-Nr. 1602/0110/a/ff

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für BDO, Vertrag-Nr. 1602/0110/a/ff

SONDERBEDINGUNGEN FÜR DIE ERHÖHUNG DER HAFTUNG IM RAHMEN DER ALLGEMEINEN AUFTRAGSBEDINGUNGEN VOM 1. JANUAR 2002

An die Stelle der in Nr. 9 Abs. 2 der beiliegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen genannten Beträge von EUR 4 Mio. bzw. EUR 5 Mio. tritt einheitlich der Betrag von EUR 5 Mio.

Falls nach Auffassung des Auftraggebers das voraussehbare Vertragsrisiko EUR 5 Mio. nicht unerheblich übersteigt, ist die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Verlangen des Auftraggebers bereit, bei Möglichkeit einer Höherversicherung bei einem deutschen Berufshaftpflichtversicherer dem Auftraggeber eine entsprechend höhere Haftungssumme anzubieten, wobei über einen dadurch entstehenden Prämienmehraufwand noch eine gesonderte Vereinbarung zwischen dem Auftraggeber und der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu treffen wäre.

Die vorstehenden Regelungen finden keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlichen Prüfung, eine höhere oder niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

Bei Zusammentreffen mehrerer Schadensursachen haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Rahmen der erhöhten Haftungssumme nur in dem Maße, in dem ein Verschulden ihrerseits oder ihrer Mitarbeiter im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat; dies gilt insbesondere in jedem Falle der gemeinschaftlichen Auftragsdurchführung mit anderen Berufsangehörigen. Wird im Einvernehmen mit dem Auftraggeber zur Auftragsdurchführung ein Dritter eingeschaltet, so haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nur für ein Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft